



Bericht

der Landesregierung

Vierter Beteiligungsbericht des Landes Schleswig-Holstein

Federführend ist die Ministerin für Finanzen und Energie.

**4. Beteiligungsbericht
des
Landes Schleswig-Holstein**

Herausgeber:
Ministerium für Finanzen und Energie des
Landes Schleswig-Holstein

Februar 2003
ISSN- Nr. 0935 - 4379

Diese Broschüre wurde aus
Recyclingpapier hergestellt.

Diese Druckschrift wird im
Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
der Schleswig-Holsteinischen
Landesregierung herausgege-
ben. Sie darf weder von Parteien
noch von Personen, die Wahl-
werbung oder Wahlhilfe betrei-
ben, im Wahlkampf zum Zwecke
der Wahlwerbung verwendet
werden. Auch ohne zeitlichen
Bezug zu einer bevorstehenden
Wahl darf die Druckschrift nicht in
einer Weise verwendet werden,
die als Parteinahme der Landes-
regierung zugunsten einzelner
Gruppen verstanden werden
könnte. Den Parteien ist es
gestattet, die Druckschrift zur
Unterrichtung ihre eigenen
Mitglieder zu verwenden.

Die Landesregierung im Internet:
<http://www.schleswig-holstein.de/landsh/>

Geleitwort

Die Unternehmen des Landes Schleswig-Holstein erfüllen wichtige struktur- und wirtschaftspolitische Aufgaben. Mit dem eingegangenen Engagement des Landes sind konkrete Ziele verknüpft. Aus der Art und dem Umfang, in welchem die Unternehmen dem Landesinteresse dienen, ergibt sich die Richtschnur für die Beurteilung der Entwicklung der einzelnen Unternehmen. Zum Zwecke einer entsprechenden Prüfung befindet sich in der Beteiligungsverwaltung des Ministeriums für Finanzen und Energie ein Beteiligungscontrolling im Aufbau, an dessen Ergebnissen die Beteiligungs- und Organisationsstrukturen gemessen werden sollen.

Der Unternehmensbestand wird fortlaufend dahingehend überprüft, ob die bestehenden oder andere Organisationsformen die Ziele des Landes besser verfolgen können und beispielsweise eine Beteiligung privater Dritter an den Gesellschaften des privaten Rechts sinnvoll und möglich ist.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das Erreichen des von der Landesregierung mit der Gründung der LEG erklärten Ziels der Aufnahme eines strategischen Investors. Das Public-Privat-Partnership stärkt die Position des Unternehmens und hilft, qualifizierte Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu sichern.

Effizienzsteigerungen bei den Beteiligungen, Anstalten und Körperschaften ergeben sich darüber hinaus durch Organisationsveränderungen. Mit den Fusionen der Hochschulkliniken Kiel und Lübeck zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein und der Fachkliniken Heiligenhafen und Neustadt zur psychiatrium-GRUPPE sind die Kliniken für die anstehenden Veränderungen im Gesundheits- und Sozialbereich gut gerüstet. Das Know-how und die Ressourcen der Standorte können nun gemeinsam genutzt und Effizienzgewinne verwirklicht werden. Nicht zuletzt bezeugt die eingeleitete Fusion der Landesbanken Kiel und Hamburg Innovationskraft und die Fähigkeit, die Herausforderungen der Zukunft anzunehmen. Mit der Fusionsentscheidung haben wir die Voraussetzungen für eine dauerhaft starke, regional verankerte und wirtschaftlich profitable Bank geschaffen. Dieser Meilenschritt wird die wirtschaftliche Basis und damit auch die Konkurrenzfähigkeit unserer Region weiter verbessern.

Abschließend möchte ich auch darauf verweisen, dass das in den neueren Landesgesetzen Schleswig-Holsteins durchgängig verankerte Leitziel der Förderung der Gleichstellung sich verstärkt auch im Umgang mit den Unternehmen des Landes wieder findet. So werden hier nicht nur die Vorgaben des Gleichstellungsgesetzes berücksichtigt, sondern auch die globale Verpflichtung, die unterschiedliche gesellschaftliche Realität von Frauen und Männern wahrzunehmen und anzuerkennen (Gender Mainstreaming) und die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern.

Der vierte Beteiligungsbericht zeigt die Unternehmen des Landes gut aufgestellt. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat sie erfolgreich für eine verbesserte Infrastruktur Schleswig-Holsteins als Grundlage einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung genutzt.

Kiel, Februar 2003

Claus Möller
Minister für Finanzen und Energie
des Landes Schleswig-Holstein



Allgemeine Hinweise

Der Beteiligungsbericht beinhaltet unmittelbare sowie bedeutende mittelbare Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein sowie Anstalten und Körperschaften, soweit es sich um Unternehmen in der Rechtsform von landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts handelt. Er basiert im wesentlichen auf den Angaben der Vorstände und Geschäftsführungen sowie der Fachressorts. Redaktionsschluss war im Januar 2003. Diesem Stand entsprechen die Angaben über die Besetzung der Gremien. Alle anderen Angaben zu den Unternehmen sind den zu diesem Zeitpunkt geprüften und testierten Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2001 entnommen.

In den Fällen, in denen die Beteiligungsquote des Landes Schleswig-Holstein an einem Unternehmen unterhalb von 25% des gezeichneten Grund-, Stamm- oder festgesetzten Kapitals, wurde von einer detaillierten Darstellung abgesehen. Eine Auflistung sämtlicher Beteiligungen des Landes ergibt sich jedoch aus der Übersicht im Abschnitt „Bestand / Bestandsentwicklung“.

Auch im IV. Beteiligungsbericht des Landes Schleswig-Holstein wird ein kontinuierliches Nachvollziehen der Entwicklung des Beteiligungsbestandes und der Beteiligungspolitik des Landes Schleswig-Holstein ermöglicht. Die Darstellung der Veränderungen im Beteiligungsbestand knüpft an die Ausführungen des dritten Beteiligungsberichts an und wirft einen Blick auf die gegenwärtigen und für die unmittelbare Zukunft geplanten Veränderungen.

Letztlich werden die wesentlichen unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen abgebildet. Hier erfolgen allgemeine Angaben zu den Unternehmen, Angaben zur Zusammensetzung der Gesellschafter und deren Kapitalanteile und zur personellen Zusammensetzung von Geschäftsleitungen und Aufsichtsorganen sowie über die in den Unternehmen vorhandenen Beschäftigten. Ferner werden ausgewählte Daten aus den veröffentlichten Jahresabschlüssen aufgelistet. Abschließend erfolgt eine Darstellung des Gegenstands des Unternehmens sowie eine Aussage über die Motive für das Beteiligungsengagements des Landes.

Haushaltsrechtliche Hinweise

Die Gründe für das Eingehen und Halten von Beteiligungen durch die öffentliche Hand sind vielschichtig. In allen Fällen finden sie jedoch ihren Rahmen in den Vorgaben der Landeshaushaltsordnung (LHO), die im § 65 Abs. 1 LHO dazu folgendes ausführt:

„Das Land soll sich, außer in den Fällen des Absatzes 4, an der Gründung eines Unternehmens in der Rechtsform des privaten Rechts oder an einem bestehenden Unternehmen in solcher Rechtsform nur beteiligen, wenn

1. ein wichtiges Interesse des Landes vorliegt und sich der vom Land angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen lässt,
2. die Einzahlungsverpflichtung des Landes auf einen bestimmten Betrag begrenzt ist,
3. das Land einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan erhält,
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und geprüft werden.“

Ob ein wichtiges Interesse an einer Landesbeteiligung gegeben ist, lässt sich jeweils nur im Einzelfall beurteilen. Nicht nur aus der haushaltsrechtlichen Subsidiaritätsklausel ergibt sich jedoch, dass der Staat als Unternehmer grundsätzlich eher die Ausnahme sein sollte. Er kann sich aber der Beteiligung an privatrechtlichen Unternehmen bedienen, wenn sich im Vergleich zu anderen Lösungsmöglichkeiten dadurch das wichtige Landesinteresse besser und wirtschaftlicher erreichen lässt.

Weitere Sonderregelungen für juristische Personen des öffentlichen Rechts wie z.B. die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale oder die Datenzentrale finden sich im § 112 LHO. Da es bei Anstalten und Körperschaften keine Gesellschafter im Sinne des Gesellschaftsrechts gibt, finden die haushaltsrechtlichen Vorschriften, die auf das Land als Gesellschafter abzielen, hier nur sinngemäß Anwendung.

Bestand / Bestandsentwicklung

Unternehmen bzw. Anstalten des öffentlichen Rechts	Kapital am 31.12.2001 in DM / €* 	Anteil des Landes in DM / €* 	Anteil des Landes in %
AKN Eisenbahn AG	9.430.000 DM	4.704.600 DM	49,89 %
AMI Arzneimitteluntersuchungsinstitut-Nord GmbH	75.000 DM	12.500 DM	16,67 %
Bürgerschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	3.600.000 €	1.799.000 €	49,97 %
Datenzentrale Schleswig-Holstein A.ö.R.	20.000.000 DM	10.000.000 DM	50,00 %
Einkaufszentrale für öffentliche Bibliotheken GmbH	4.260.000 DM	10.000 DM	0,23 %
Fachinformationszentrum Karlsruhe, Gesellschaft für wissenschaftlich-technische Information mbH	92.000 DM	2.000 DM	2,17 %
Fachklinik Neustadt A.ö.R.	5.743.209 €	5.743.209 €	100,00 %
Fachklinik Heiligenhafen A.ö.R.	12.749.162 DM	12.749.162 DM	100,00 %
Fachklinik Schleswig A.ö.R.	4.126.664 €	4.126.664 €	100,00 %
fiscus GmbH	32.000 €	2.000 €	6,25 %
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH	320.000 DM	20.000 DM	6,25 %
Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH	50.000 DM	25.000 DM	50,00 %
GKSS- Forschungszentrum Geesthacht GmbH	80.000 DM	2.000 DM	1,25 %
GMSH Gebäudemanagement Schleswig-Holstein A.ö.R.	10.226.000 €	7.679.700 €	75,10 %
GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH	300.000 €	77.250 €	25,75 %
GVB Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein mbH	25.000 €	25.000 €	100,00 %
Hamburger Verkehrsverbundgesellschaft mbH	100.000 DM	2.000 DM	2,00 %
HIS Hochschul-Informations-System GmbH	49.200 €	2.050 €	4,17 %
Institut für den wissenschaftlichen Film gemeinnützige GmbH	100.000 €	10.000 €	10,00 %
Kieler Flughafengesellschaft mbH	100.000 DM	55.000 DM	55,00 %
Kreditanstalt für Wiederaufbau K. ö.R.	3.750.000 T€	23.869.861 €	0,64 %
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale Kiel A.ö.R.	430.000 TDM	107.715 TDM	25,05 %
LEG Schleswig-Holstein			
Landesentwicklungsgesellschaft mbH	27.500.000 €	13.769.700 €	50,07 %
LVS Schleswig-Holstein Landesweite Verkehrsservicegesellschaft mbH	51.000 DM	25.500 DM	50,00 %
NationalparkService Gesellschaft mbH	50.000 €	27.500 €	55,00 %
NordwestLotto			
Verwaltungsgesellschaft mbH	50.000 DM	50.000 DM	100,00 %
Trägerschaft Deutscher Pavillon mbH i.L. Hannover	113.300 DM	1.000 DM	0,88 %
Universitätsklinikum Kiel A.ö.R.	6.668.440 €	6.668.440 €	100,00 %
Universitätsklinikum Lübeck A.ö.R.	14.101.013 €	14.101.013 €	100,00 %
Windtest Kaiser-Wilhelm-Koog GmbH	200.000 DM	50.000 DM	25,00 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH	50.000 DM	25.500 DM	51,00 %
Zentrum für maritime Technologie und Seefischmarkt			
ZTS Grundstücksverwaltung GmbH	1.000.000 DM	480.000 DM	48,00 %

* Die Darstellung in DM oder € erfolgt in Abhängigkeit von den in den Gesellschaftsverträgen bzw. Satzungen festgeschriebenen Angaben zum Kapital.

Zum Stichtag 31.12.2001 war das Land Schleswig-Holstein an 32 juristischen Personen unmittelbar beteiligt. Der hier dargelegte Beteiligungsbestand setzt sich zusammen aus:

- 22 Gesellschaften mit beschränkter Haftung (davon 2 gemeinnützige Gesellschaften)
- 8 Anstalten des öffentlichen Rechts
- 1 Körperschaft des öffentlichen Rechts und
- 1 Aktiengesellschaft.

Sofern die juristischen Personen ihrerseits Beteiligungen halten, stellen diese mittelbare Landesbeteiligungen dar, die im Zusammenhang mit dem Mutterunternehmen angesprochen werden. Die mittelbaren Beteiligungen Schleswig-Holsteinische Landgesellschaft mbH, Investitionsbank Schleswig-Holstein und Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH werden aufgrund ihrer besonderen Bedeutung gesondert dargestellt.

Landesbeteiligungen finden sich im Bereich der Kredit- und Förderinstitute, der Unternehmen des Verkehrs-, Wohnungs- und Siedlungswesens, der Landesentwicklung, im Energie- und Umweltbereich sowie bei den Forschungs-, Bildungs- und Wissenschafts- und Krankenhauseinrichtungen. Letztlich wird auch die Anstellung des zur Durchführung der staatlichen Lotterien und Sportwetten benötigten Personals durch die Beteiligung des Landes an der NordwestLotto Verwaltungsgesellschaft GmbH sichergestellt.

In Kontinuität an die Darstellung der Veränderungen im dritten Beteiligungsbericht (s. 8 ff.) werden im Folgenden die Veränderungen im Beteiligungsbestand für den Zeitraum ab 2000 dargestellt. Demnach ist die Landesregierung folgende Beteiligungen eingegangen, hat sich von ihnen getrennt oder den Landesanteil verändert:

- Die am 21. Dezember 1995 gegründete LEG wurde 1999 mit Wirkung zum 1. Januar 1999 im Wege einer Downstream - Verschmelzung auf ihre damalige Tochter, die WOBAU Schleswig-Holstein, unter Fortführung der Firma der LEG verschmolzen. Das Kapital der Gesellschaft wurde in diesem Zusammenhang auf die neue Währung umgestellt und auf 27,5 Mio. € erhöht.
- Durch Beschluss der Gesellschafter vom 16. März 1999 ist das Stammkapital der GOES von 1.200.000 DM auf 300.000 € herabgesetzt worden. Der Anteil des Landes hat sich dadurch von 25,9 % auf 25,75 % geringfügig verringert.
- Für die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wurden mit Beteiligungsvereinbarung vom 27. Oktober 2000 eine Kapitalneustrukturierung durch eine Umwandlung von Rücklagen vorgenommen und die neuen Bundesländer an der KfW beteiligt. Das Grundkapital wurde auf 3.750.000.000 € festgelegt von denen 3.300.000.000 € als eingezahlt gelten. Der Anteil des Landes am Grundkapital beträgt 23.869.860,50 €. Dies entspricht einem Anteil von 0,636529613 %. Diese Änderungen wurden durch Artikel 14 des Gesetzes zur weiteren Fortentwicklung des Finanzplatzes Deutschland (Viertes Finanzmarktförderungsgesetz) vom 21. Juni 2002 (BGBl. I S. 2010) gesetzlich geregelt.
- Das Stammkapital der HIS ist im Rahmen der Euro-Umstellung am 15. Dezember 2000 von 96.000 DM auf 49.200 € erhöht worden. Der prozentuale Anteil des Landes wurde dabei nicht verändert.
- Mit Gesellschafterbeschluss vom 18. Dezember 2000 wurde die Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein (GVB) mit einem Stammkapital von 25.000 € gegründet. In 2002 wurde eine Kapitalerhöhung auf 750.000 € aus thesauriertem Gewinn vorgenommen.

- Am 22. Dez. 2000 ist das Land Hessen als Gesellschafter in das AMI Arzneimitteluntersuchungsinstitut-Nord GmbH aufgenommen und das Stammkapital um 12.500 DM auf 62.500 DM erhöht worden. Der relative Anteil des Landes verringerte sich dadurch von 25 % auf 20 %.
- Das Land hatte als Hauptgesellschafter der LEG der Wirtschaft die Option eingeräumt sich an der LEG zu beteiligen, wobei die Mehrheit der Anteile am Stammkapital beim Land verbleiben sollten. Die Veräußerung der Anteile des Landes erfolgte mit Vertrag vom 4. Juli 2001. Im Ergebnis ist das Land nunmehr noch mit 50,07% an der LEG beteiligt. Das Land hat somit sein Ziel erreicht, einen strategischen Investors aus der privaten Wirtschaft als Mitgesellschafter in die LEG aufzunehmen.
- Im Zuge der Umstellung auf Euro wurde mit notariellem Vertrag vom 23. November 2001 das Stammkapital der Bürgschaftsbank geringfügig auf 3.600.000 € erhöht. Der Landesanteil wurde von 54,66 % auf 49,97 % vermindert und beträgt 1.799.000 €.
- Am 13. Dez. 2001 ist das Saarland als Gesellschafter in das AMI Arzneimitteluntersuchungsinstitut-Nord GmbH aufgenommen und das Stammkapital um 12.500 DM auf 75.000 DM erhöht worden. Der relative Anteil des Landes verringerte sich dadurch von 20 % auf 16,67 %.
- Das Stammkapital der Einkaufszentrale für öffentliche Bibliotheken GmbH ist ab 26. Juni 2002 im Rahmen einer Euro-Umstellung von 4.260.000 DM auf 2.181.120 € umgestellt worden. Der Anteil des Landes beträgt nunmehr 5.120 € (= unverändert 0,23 %).
- Das Stammkapital der AMI Arzneimitteluntersuchungsinstitut Nord GmbH ist am 2. Juli 2002 im Rahmen einer Euro-Umstellung von 75.000 DM auf 38.400 € erhöht worden. Der Anteil des Landes beträgt danach 6.400 € (= unverändert 16,67 %)

Ausblick:

Im Gesundheitsbereich verschärfen sich die finanziellen Rahmenbedingungen seit Jahren. Diese Entwicklung hat eine grundlegende Neuorganisation von Einrichtungen des Landes notwendig gemacht. So haben sich seit dem 1. Januar 2003 die beiden Universitätsklinika Kiel und Lübeck zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein und die beiden Fachklinika Heiligenhafen und Neustadt zur psychiatrischen GRUPPE zusammengeschlossen. Die damit verbundene Optimierung des wirtschaftlichen Handelns stärkt die einzelnen Standorte und garantiert auch in Zukunft Leistungen auf hohem Niveau.

Das erklärte Ziel des Landes, sich unter angemessener Sicherung der bisherigen Beteiligungsziele von seinen Anteilen an der „Zentrum für maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grundstücksverwaltung GmbH“ trennen zu wollen, wird weiterhin verfolgt. Vor diesem Hintergrund werden weiterhin Gespräche mit dem Mitgesellschafter, der Landeshauptstadt Kiel, sowie mit möglichen Erwerbern geführt.

Als Folge der Brüsseler Verständigung mit dem Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Sparkassen und Landesbanken wurden für die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale und für die Investitionsbank Schleswig-Holstein strukturelle Veränderungen notwendig.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit und der Kapitalmarktfähigkeit haben daher die Anteilseigner der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale und der Hamburgischen Landesbank - Girozentrale - am 09. September 2002 die Fusion der Institute bei einem Rechtsformwechsel in eine Aktiengesellschaft in 2003 mit bilanzieller Rückwirkung zum 01.01. 2003 beschlossen.

Einhergehend soll die Investitionsbank von der Landesbank abgespalten und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01. Juni 2003 - ebenfalls mit bilanzieller Rückwirkung zum 01. Januar 2003 - in ausschließlicher Trägerschaft durch das Land errichtet werden.

Mit dem vom Kabinett am 19. November 2002 zustimmend zur Kenntnis genommenen Gesetzentwurf zur Neustrukturierung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, zur Verselbständigung der Investitionsbank und zur Verwaltung der Landesliegenschaften wurde das gesetzliche Regelwerk auf den Weg gebracht. Die Verabschiedung durch den Landtag ist für Mai 2003 vorgesehen.

Das Regelwerk beinhaltet auch eine Neuordnung der Verwaltung der Landesliegenschaften. Die bisher von der Investitionsbank im Rahmen des Zweckvermögens Liegenschaften wahrgenommenen Aufgaben und Teile der Aufgaben der GMSH werden einer neu zu gründenden Anstalt des öffentlichen Rechts übertragen, die in Organleihe der GMSH tätig wird. Das bisherige Zweckvermögen Liegenschaften wird dieser Anstalt übertragen.

Die Errichtung der LEG als GmbH sowie die Beteiligung des Landes als Gesellschafter erfolgten auf der Grundlage des § 10a Abs. 1 Landesplanungsgesetz. Nach dem in 2001 das Ziel erreicht worden war, private Investoren als Minderheitsgesellschafter zu beteiligen, wird seitens der Landesregierung zur Zeit geprüft, ob und ggf. in welcher Höhe weitere Anteile des Landes an der LEG privatisiert werden können.

Inhaltsverzeichnis

	Seiten
<u>Darstellung wesentlicher unmittelbarer und mittelbarer Beteiligungen</u>	
I. <u>Kredit- und Förderinstitute</u>	
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	17
Gesellschaft für Wagniskapital	
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH	21
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale A.ö.R.	25
Investitionsbank Schleswig-Holstein	31
Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH	35
II. <u>Wohnungs- und Siedlungsunternehmen, Entwicklungsgesellschaften, Vermögensverwaltung</u>	
GMSH Gebäudemanagement Schleswig-Holstein A.ö.R.	39
GVB Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein mbH	41
LEG Schleswig-Holstein Landesentwicklungsgesellschaft mbH	43
Schleswig-Holsteinische Landgesellschaft mbH	47
Zentrum für maritime Technologie und Seefischmarkt	
ZTS Grundstücksverwaltung GmbH	49
III. <u>Verkehrsbetriebe, Flughafenbeteiligung</u>	
AKN Eisenbahn AG	53
LVS Schleswig-Holstein	
Landesweite Verkehrsservicegesellschaft mbH	55
Kieler Flughafengesellschaft mbH	57
IV. <u>Unternehmen im Energie- und Umweltbereich</u>	
NationalparkService Gesellschaft mbH	61
Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH	63
GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH	65
WINDTEST Kaiser-Wilhelm-Koog GmbH	67
V. <u>Forschungs-, Bildungs- Wissenschafts- und Krankenhauseinrichtungen</u>	
Fachklinik Heiligenhafen / psychiatrium GRUPPE A.ö.R.	71
Fachklinik Neustadt / Ostseezentrum für seelische Gesundheit A.ö.R.	73
Fachklinik Schleswig A.ö.R.	75
GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH	77
Universitätsklinikum Kiel A.ö.R.	79
Universitätsklinikum Lübeck A.ö.R.	81
VI. <u>Einrichtungen im Bereich der EDV / Softwareentwicklung</u>	
Datenzentrale Schleswig-Holstein	85
fiscus GmbH	87
VII. <u>sonstige Beteiligungen</u>	
NordwestLotto Verwaltungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH	91
Abkürzungsverzeichnis	93

I. Kredit- und Förderinstitute

**Bürgschaftsbank
Schleswig-Holstein GmbH**
Muhliusstraße 38
24103 Kiel



Telefon: (0431) 5938-0
Fax: (0431) 5938-160
e-mail: info@buergschaftsbank-sh.de
Internet: www.buergschaftsbank-sh.de

Kapital	3.600.000 €	
davon		
Land Schleswig-Holstein	1.799.000 €	(49,97 %)
Bank Companie Nord AG Kiel	86.000 €	(2,39 %)
Commerzbank AG, Frankfurt	115.000 €	(3,19 %)
Deutsche Bank AG, Filiale Kiel	145.000 €	(4,03%)
Deutsche Bank Lübeck AG, vormals Handelsbank, Lübeck	80.000 €	(2,22 %)
DG Bank Deutsche Genossenschafts- bank, Frankfurt	471.000 €	(13,08%)
Dresdner Bank AG	86.000 €	(2,39 %)
Hamburger Sparkasse, Hamburg	201.000 €	(5,58 %)
Landesbank Schleswig-Holstein Giro- zentrale	402.000 €	(11,17 %)
Vereins- und Westbank AG, Hamburg	215.000 €	(5,97 %)

Beteiligungen: Bundeskreditgarantiegemeinschaft
des Handwerks GmbH
Stammkapital 570.000 DM
Anteil Bürgschaftsbank 20.000 DM

Geschäftsleitung: Hauptamtlich: Ingo Fuchs
Nebenamtlich: Harald Bock

Aufsichtsrat Dr. Jens Haass, Vorsitzender (MWTV)
Eckardt A. Fischer, erster stellvertretender Vorsitzender (LB Kiel)
Peter Deutschland, zweiter stellvertretender Vorsitzender (DGB)
Dr. Aloys Altmann (MLR)
Ulrich Gudat (IM)
Hans-Peter Petersen (Vereins- und Westbank AG Kiel)
Jürgen Gerber (DZ Bank AG)
Dr. Sibylle Roggencamp (MFE)
Peter Ahls (Commerzbank AG)
Peter Michael Stein (IHK Flensburg)
Ulrich Wachholtz (Unternehmensverbände S.-H.)
Udo Hansen (Handwerkskammer Flensburg)

Unternehmensdaten	31.12. 2001	31.12. 2000
Bilanzsumme:	209.858 TDM	208.176 TDM
Eigenkapital:	68.008 TDM	67.626 TDM
Davon gezeichnetes Kapital	7.000 TDM	7.000 TDM
Kapitalrücklage	4.627 TDM	4.627 TDM
Satzungsmäßige Gewinnrücklagen	56.340 TDM	55.999 TDM
Jahresüberschuss	341 TDM	953 TDM
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0 TDM	0 TDM
Anlagevermögen:		
Sachanlagen	1.478 TDM	1.446 TDM
Finanzanlagen	167.926 TDM	174.052 TDM
 Bürgschaftssumme	 555.904 TDM	 533.043 TDM
 Personal	 33	 33
davon		
Frauen	17	17
Männer	16	16

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme und Durchführung von

- a) Bürgschaften für Kredite, die von Kredit- oder Versicherungsinstituten gewährt werden sowie für Finanzierungen die für Leasinggesellschaften getätigt werden,
- b) Garantien für Beteiligungen und deren Erträge sowohl gegenüber Beteiligungsinstituten als auch gegenüber privaten Beteiligungsgebern sowie Exportgarantien
Voraussetzung hierfür ist, dass die Entwicklung und Förderung der zu begünstigenden Unternehmen für Schleswig-Holstein volkswirtschaftlich erwünscht ist.

Die Gesellschaft kann ferner Treuhandgeschäfte und weitere wirtschaftsfördernde Aufgaben übernehmen und sich an übergeordneten Zusammenschlüssen von Bürgschaftsinstituten beteiligen. Das Unternehmen ist dabei nicht gewinnorientiert. Eine Ausschüttung an die Gesellschafter erfolgt nicht. Es erfolgt stets ein revolvingender Einsatz der Mittel für die steuerbefreiten Zwecke der Wirtschaftsförderung.

Entwicklung des Unternehmens:

Mehr als 250 Kreditinstitute und Kapitalbeteiligungsgesellschaften in Schleswig-Holstein arbeiten mit der Bürgschaftsbank zusammen. In 2001 wurden 589 Anträge (in 2000: 569) auf Bürgschaften und Garantien gestellt. 383 Unternehmen konnten mit Hilfe der Bürgschaftsbank ihre Vorstellungen umsetzen.

Ein wesentlicher volkswirtschaftlicher Beitrag der Bürgschaftsbank liegt in der Begleitung von Existenzgründerinnen und -gründern in die Selbständigkeit. In 2001 wurden 173 Existenzgründungen mit einem Kreditvolumen i. H. v. 70 Mio. DM ermöglicht.

Der Wachstumstrend der Vergangenheit hat sich zwar insbesondere aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verlangsamt; gleichwohl ist ein weiteres Wachstum gegeben. Das Obligo an Bürgschaften und Garantien erhöhte sich in den Jahren 1998 bis 2001 um 26 % auf 556 Mio. DM. Die neuen Eigenkapitalvorschriften (Basel II) lassen die Bedeutung der eigenkapitalschonende Wirkung der Bankbürgschaft noch stärker an Gewicht gewinnen.

Mit dem „Existenzgründungs-Sofort-Programm mit begleitender Beratung“ startete die Bürgschaftsbank vor 3 Jahren in eine neue Phase der Hilfestellung. Unter dem Motto „Sicherheit für alle“ wird nicht nur Risiko der Hausbank übernommen, sondern auch der Existenzgründerin/dem Existenzgründer aktive Unterstützung angeboten. Innerhalb des 1. Jahres hat das junge Unternehmen den Anspruch auf einen Quickcheck. Die Insolvenzquote konnte in diesem Programm um 26 % gesenkt werden.

Die begleitende Beratung soll 2003 ausgeweitet werden.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Die Beteiligung des Landes und der schleswig-holsteinischen Kreditinstitute am Stammkapital der Bürgschaftsbank dient dem Zweck, durch Eröffnung sonst nicht realisierbarer Möglichkeiten der Kreditgewährung an die einheimischen mittelständischen Unternehmen die Ziele der Wirtschaftsförderung des Landes zu unterstützen.

Daneben übernimmt und verwaltet die Bürgschaftsbank auf der Grundlage eines Treuhandvertrages für das Land Schleswig-Holstein Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft. Sie handelt dabei nach den Weisungen und für Rechnung des Landes.

Bereits aufgrund der aus Rückbürgschaftserklärungen sich ergebenden Verpflichtungen des Landes ist eine unternehmerische Beteiligung gerechtfertigt.

Die Bürgschaftsbank hat sich bei zunehmender Finanzenge der öffentlichen Haushalte als wesentlicher Eckpfeiler für die Wirtschaftsförderung im Lande Schleswig-Holstein bestätigt. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die verminderten direkten Fördermittel des Landes. Sie arbeitet kostendeckend. Die Rückbürgschaften des Bundes und des Landes vermindern das Risiko für die Bürgschaftsbank und sichern die Kreditversorgung der Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Durch Beteiligung der Banken wird Bank-Know-how im gemeinsamen Interesse aufgrund gemeinsamer Zielsetzung eingebracht. Vor diesem Hintergrund hat das Land ein fortwährendes wichtiges Interesse an dieser Beteiligung.

Mit der Investitionsbank und der MBG besteht eine enge Kooperation.

**Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische
Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein
Gesellschaft mit beschränkter Haftung – MBG -
Fleethörn 29 - 31
24103 Kiel**



Telefon: (0431) 900-3585
Fax: (0431) 900-3530
e- mail: info@mbg-sh.de
www.mbg-sh.de

Kapital *	4.100.000 DM	
davon		
Investitionsbank Schleswig-Holstein	2.100.000 DM	(51,22 %)
Commerzbank AG	100.000 DM	(2,44 %)
Deutsche Bank AG	100.000 DM	(2,44 %)
Dresdner Bank AG	100.000 DM	(2,44 %)
Vereins- und Westbank AG	100.000 DM	(2,44 %)
DZ Bank AG	400.000 DM	(9,76 %)
Landesbank Schleswig-Holstein Giro- zentrale	200.000 DM	(4,88 %)
Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein	600.000 DM	(14,63 %)
Provinzial Brandkasse Kiel	400.000 DM	(9,76 %)

* Nach Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 27. November 2002 wird das Kapital auf Euro umgestellt und damit einhergehend eine Kapitalerhöhung um 3.703.29 € auf 2.100.000 € vorgenommen. Der Anteil der Investitionsbank beträgt zukünftig nur noch 49,52 %, der Anteil der anderen Anteilseigner erhöht sich anteilig entsprechend.

Beteiligungen: Der Gesellschaftszweck beinhaltet die Beteiligung an Unternehmen. Auf eine detaillierte Darstellung wird daher verzichtet. Der Buchwert der Beteiligungen betrug 87.624 TDM

Geschäftsleitung: Hauptamtlich:
Dr. Gerd-Rüdiger Steffen
Nebenamtlich:
Uwe Thomsen (ab 01. Juli 2002)

Aufsichtsrat Dr. Jens Haass, Vorsitzender (MWTV)
Peter Däuber, stellvertretender Vorsitzender (MFE)
Lutz Koopmann (IB)
Peter Michael Stein (IHK Flensburg)
Peter Deutschland (DGB)
Herbert Ewers (Dresdner Bank AG)
Jürgen Gerber (DZ Bank AG)
Erwin Rückemann (Sparkasse Neumünster)
Heinrich Gaußling (Provinzial)
Dieter Pfisterer (LB Kiel)

Unternehmensdaten	31.12. 2001	31.12. 2000
Bilanzsumme:	107.894 TDM	108.188 TDM
Eigenkapital:	28.482 TDM	28.597 TDM
Davon gezeichnetes Kapital	4.100 TDM	4.100 TDM
Kapitalrücklage	16.400 TDM	16.400 TDM
Gewinnrücklagen	7.500 TDM	6.000 TDM
Gewinnvortrag	597 TDM	556 TDM
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 115 TDM	541 TDM
Anlagevermögen:		
Sachanlagen	112 TDM	127 TDM
Finanzanlagen		
Beteiligungen	87.624 TDM	89.284 TDM
Wertpapiere	3.942 TDM	4.024 TDM
Sonst. Ausleihungen	570 TDM	670 TDM
Mitarbeiter	12	9
davon		
Frauen	4	3
Männer	8	6

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft sowie sonstige im Zusammenhang mit Beteiligungen stehende Geschäftsbesorgungen mit dem Ziel der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur.

Die MBG ist eine nicht gewinnorientierte Kapitalbeteiligungsgesellschaft, die vorrangig innovativen und technologieorientierten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie Existenzgründern Risikokapital zur Schließung von Eigenkapitallücken zur Verfügung stellt. Mit der Bereitstellung von Beteiligungskapital trägt die MBG in erheblichen Maße dazu bei, die Nachteile auszugleichen die für KMU und Existenzgründer am Kapitalmarkt bestehen. Kleinen und mittleren Unternehmen soll mit dieser Zielsetzung das Einwerben von Kapitalmarktmitteln erleichtert werden.

Entwicklung des Unternehmens:

Der Beteiligungsbestand konnte im Berichtszeitraum weiterhin kontinuierlich erhöht werden. Im Geschäftsjahr 2001 hat die MBG 41 Beteiligungen mit einem Volumen von 26,3 Mio. DM bewilligt. Damit konnten 1.800 Arbeitsplätze in zumeist innovativen Unternehmen neu geschaffen bzw. gesichert werden. Schwerpunkte waren dabei die Informations- und Kommunikationstechnik, der Maschinen und Fahrzeugbau sowie Elektrotechnik und Biotechnologie.

Dieses Ergebnis ist vor dem Hintergrund der seit dem im Jahre 2001 sich verschlechternden gesamtwirtschaftlichen Situation, von der sich auch die MBG nicht abkoppeln kann, bemerkenswert. Der aktuelle gesamtwirtschaftliche Problematik wird an den Ausfällen und der notwendigen bilanziellen Risikovorsorge deutlich. So musste erstmals in 2001 ein Jahresfehlbetrag ausgewiesen werden, der die Substanz des Unternehmens aber nicht gefährdet. Es zeigt sich aber daran gerade die Notwendigkeit eines schlagkräftigen Förderinstituts in wirtschaftlich schweren Zeiten und die Rechtfertigung des Engagements der öffentlichen Hand im Bereich der Wirtschaftsförderung.

Vor dem Hintergrund der von dem Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht z.Z. überarbeiteten Eigenkapitalvorschriften für Banken (Basel II) und den hierdurch erwarteten Auswirkungen auf die Fremdkapitalfinanzierung des Mittelstandes wird sich die Notwendigkeit für die Bereitstellung von Beteiligungskapital voraussichtlich noch weiter steigern.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die Bereitstellung lfd. Haushaltsmittel für die Wagniskapitalförderung (WKF), die in den vergangenen Jahren mit ca. 3 Mio. DM dotiert war, zum 31.12.2001 eingestellt worden ist. Auf Initiative des Landes Schleswig-Holstein hat die MBG gemeinsam mit der Investitionsbank und der Bürgschaftsbank im Juni 2002 den Technologie- und Innovationsfonds (TIF) aufgelegt und das Fondsmanagement übernommen. Der TIF stellt insbesondere auf innovative und technologieorientierte Seed- und Start-up Unternehmen in Schleswig-Holstein ab, die keine oder nur eine unvollständige Finanzierung über private Venture Capital- oder Beteiligungsgesellschaften erhalten. Mit diesem Beteiligungsangebot soll eine ergänzende öffentliche Finanzierungsmöglichkeit geschaffen und vor allem ein Beitrag zur Verbesserung der Frühphasenfinanzierung geleistet werden.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Die MBG ist eine mittelbare Landesbeteiligung über die Beteiligung der Investitionsbank Schleswig-Holstein mit 51,22 % (zukünftig 49,52 %) und die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale mit 4,88 % (zukünftig 5,05 %). Das mittelbare Landesinteresse liegt in der Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie von Existenzgründungen. Die MBG ist damit ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaftsförderung des Landes Schleswig-Holstein. Die Reduzierung des Anteils der Investitionsbank erfolgt vor dem Hintergrund der Errichtung der Investitionsbank als eigenständiges öffentlich-rechtliches Förderinstitut, da anderenfalls der Status der MBG als privatrechtliche Beteiligungsgesellschaft im Sinne der Beteiligungsgarantie des Bundes und des Landes gefährdet wäre.

**Landesbank
Schleswig-Holstein Girozentrale
Postfach 1122, 24100 Kiel
Martensdamm 6, 24103 Kiel**

Telefon: (0431) 900-01
Fax: (0431) 900-3383
e- mail: info@lb-kiel.de
Internet: <http://www.lb-kiel.de>



Kapital

Satzungsmäßiges Stammkapital	430.000 TDM	
davon		
Land Schleswig-Holstein	107.715 TDM	25,05 %
Sparkassen und Giroverband Schleswig-Holstein	107.715 TDM	25,05 %
WestLB AG (Landesbank NRW)	171.570 TDM	39,90 %
Landesbank Baden-Württemberg	43.000 TDM	10,00 %

Beteiligungen: siehe nachfolgende Aufstellung

Geschäftsleitung: Hans Berger, Vorstandsvorsitzender
Dieter Pfisterer
Frans S. Waas, Ph. D.
Ulrich Wilhelm Ellerbeck

Verwaltungsrat: Ministerpräsidentin Heide Simonis, Vorsitzende / Ulrike Wolff-Gebhardt* (StK)
Jürgen Sengera, erster Vertreter / Dr. Adolf Franke* (LB NRW/West LB)
Olaf Cord Dielewicz, zweiter Vertreter / Werner Helms-Rick* (SGV)
Heinrich Haasis, dritter Vertreter / Michael Horn* (LB BW)
Staatssekretär Michael Rocca (MWTV)
Peter Deutschland (DGB)
Staatssekretär Uwe Döring (MFE)
Minister Claus Möller (MFE)
Günter Anders (SGV)
Norbert Gansel (SGV)
Jörg-Dietrich Kamischke (SGV)
Dr. Hans Lukas, (SGV)
Erwin Rückemann, (SGV)
Theo Dräger; (LB NRW/West LB)
Hans-Peter Krämer, (LB NRW/West LB)
Dr. Wolfgang Peiner, (LB NRW/West LB)
Dr. Wolf-Albrecht Prautzsch, (LB NRW/West LB)
Dr. Fritz Süverkrüpp, (LB NRW/West LB)
Jorma Juhani Vaajoki, (LB NRW/West LB)
Astrid Balduin, (Vertreter der Betriebsangehörigen)
Waltraut Fuhrmann, (Vertreter der Betriebsangehörigen)
Ditmar Höret, (Vertreter der Betriebsangehörigen)
Dr. Elisabeth Keßeböhmer, (Vertreter der Betriebsangehörigen)
Knuth Lausen, (Vertreter der Betriebsangehörigen)
Meetz-Schawaller, (Vertreter der Betriebsangehörigen)
Karl-Heinz Ravn, (Vertreter der Betriebsangehörigen)
Wolfgang Sander, (Vertreter der Betriebsangehörigen)
Michael Schmalz, (Vertreter der Betriebsangehörigen)
Gaby Woelk, (Vertreter der Betriebsangehörigen)

* Vertreter/in gem. § 11 Abs. 3 der Satzung

Unternehmensdaten (Konzern)	31.12. 2001	31.12. 2000
Bilanzsumme:	141.019.598 T€	128.084.832 T€
<i>Ausgewählte Passiva</i>		
Eigenkapital	4.282.021 T€	3.691.832 T€
Gezeichnetes Kapital	1.376.492 T€	1.008.993 T€
Kapitalrücklagen (Zweckrücklagen IB):	1.083.066 T€	1.031.244 T€
Gewinnrücklagen:		
Satzungsmäßige Rücklage der LB Kiel	391.000 T€	310.000 T€
Satzungsmäßige Rücklage der LBS	77.205 T€	74.137 T€
Zweckrücklagen der IB	35.883 T€	28.107 T€
Konzernrücklagen	1.089.706 T€	1.020.550 T
Ausgleichsposten für Anteile anderer Ge- sellschafter	148.974 T€	148.316 T€
Konzernbilanzgewinn	79.695 T€	70.485 T€
<i>Ausgewählte Aktiva:</i>		
Forderungen an Kreditinstitute	32.390.114 T€	32.369.432 T€
Forderungen an Kunden	64.042.065 T€	58.115.144 T€
Schuldverschreibungen und andere festver- zinsliche Wertpapiere	39.297.505 T€	32.928.469 T€
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.738.035 T€	1.526.447 T€
Sachanlagen	712.956 T€	576.468 T€
Beteiligungen	200.144 T€	102.094 T€
Anteile an verbunden Unternehmen	123.787 T€	97.842 T€
Beschäftigte im Jahresdurchschnitt		
Geschäftsbank mit LBS und IB	2.073	2.000
davon		
Frauen	1.034	1.001
Männer	1.039	999
Beschäftigte im Konzern (Mit HLB, LBSH International S. A., Gudme Raschou und erstmalig ab 2001 Spielbanken)	4.822	4.382
davon		
Frauen	2.370	2.185
Männer	2.452	2.197

Unternehmensgegenstand

Der 1917 gegründeten Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale (LB Kiel) obliegen die Aufgaben einer Geschäftsbank, einer Staatsbank sowie einer Sparkassenzentralbank.

Als Staatsbank unterstützt sie das Land Schleswig-Holstein, seine kommunalen Körperschaften, die sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und ihnen nahestehende Unternehmen in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Über die Investitionsbank nimmt sie die ihr vom Land übertragenen Förderaufgaben wettbewerbsneutral wahr. Auf die Ausführungen zur Investitionsbank wird verwiesen.

In ihrer Funktion als Girozentrale und Partnerbank der schleswig-holsteinischen Sparkassen arbeitet die Landesbank eng mit den Sparkassen und deren Kunden vor Ort zusammen (z.B. im Wertpapier- und Auslandsgeschäft, bei Gemeinschaftskrediten und bei Bauspargeschäften über die zur Landesbank gehörende LBS).

Als Geschäftsbank hat sie vor allem die Aufgabe, Unternehmen und Einrichtungen der Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger mit Bankgeschäften und kreditwirtschaftlichen Dienstleistungen zu versorgen. Die Geschäfte der Bank sind unter Beachtung wirtschaftlicher Gesichtspunkte nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Es ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes, Gewinn zu erzielen.

Entwicklung des Unternehmens:

Die EU-Kommission und die Bundesregierung haben am 17. Juli 2001 und am 01. März 2002 im Interesse der Rechtsicherheit Einvernehmen über die Haftungsgrundlagen öffentlich rechtlicher Kreditinstitute und die Ausrichtung rechtlich selbständiger Förderinstitute erzielt (Verständigungen I und II). Damit wurden für die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute und damit auch für die LB Kiel grundlegende Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen. Mit der Verständigung I einigten sich die Bundesregierung und die Europäische Kommission im Streit um die staatlichen Haftungsgarantien auf die Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung nach Ablauf einer Übergangsfrist bis 18. Juli 2005. Für Altverbindlichkeiten wurden ergänzende Übergangsregelungen getroffen. Mit dem am 12. Dezember 2002 vom schleswig-holsteinischen Landtag verabschiedeten Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes wurden diese Änderungen für die LB Kiel rechtsverbindlich übernommen.

Die Landesbank hat sich auf diese Veränderungen bereits frühzeitig eingestellt. So wurden mit dem Zukunftsprogramm „Konzentration der Kräfte“, die u. a. eine stärkere Konzentration auf die Kernkompetenzen bei konsequenter Renditeorientierung beinhaltet, Maßnahmen getroffen, die die Kapitalmarktfähigkeit ohne staatliche Haftungsgarantien sichern. Die Strategie beruht dabei auf drei Säulen

1. der regionalen Fokussierung als Bank des Nordens,
2. der internationalen Konzentration auf bestimmte Produkte und Sektoren (z. B. Schiffbau) und
3. dem weiteren Ausbau der Kapitalmarktaktivitäten.

Über den geschaffenen Gesetzesrahmen hinaus erachten das Land Schleswig-Holstein und die anderen Anteilseigner der LB Kiel weitere Schritte zur Umsetzung der sich aus der Verständigungen ergebenden Folgerungen für notwendig. Dieses beinhaltet zunächst eine klare Trennung von Wettbewerbs- und Fördergeschäft, die mit der Herauslösung der Investitionsbank und Errichtung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts umgesetzt wird. Damit wird im Vergleich zu anderen Modellen für andere Landesbanken die klarste Lösung getroffen.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit und der Kapitalmarktfähigkeit haben die Anteilseigner der LB Kiel und der Hamburgischen Landesbank (HLB) am 09. September 2002 die Fusion der Institute bei einem Rechtsformwechsel in eine Aktiengesellschaft in 2003 mit bilanzieller Rückwirkung zum 01.01. 2003 beschlossen. Die Fusion der Landesbanken bedarf neben den Vereinbarungen auf Gesellschafterebenen auch einer staatsvertraglichen Regelung. Die Sicherung des Bankenstandorts Kiel wird durch die staatsvertragliche Verankerung eines Doppelsitzes der vereinigten Bank in Kiel und Hamburg und einer auf Dauer angelegten ausgewogenen Verteilung der Kompetenzen mit qualifizierten Dauerarbeitsplätzen an beiden Standorten gewährleistet. Dieser Grundsatz wird in dem Vertragswerk zwischen den Anteilseignern der fusionierten Landesbank umgesetzt.

Mit dem vom Kabinett am 19. November 2002 zustimmend zur Kenntnis genommenen Gesetzentwurf zur Neustrukturierung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, zur Verselbständigung der Investitionsbank und zur Verwaltung der Landesliegenschaften wurde das gesetzliche Regelwerk auf den Weg gebracht. Die Verabschiedung durch den Landtag ist für Mai 2003 vorgesehen.

Im Hinblick auf vorstehenden Ausführungen zur Grundausrichtung des Instituts werden die geschäftspolitischen Aspekte nur kurz skizziert. Die weltweite Wachstumsabschwächung in 2001 und 2002 hat zu einer deutlichen Verschlechterung der Ertragslage des Bankensektors geführt. Die LB Kiel und die HLB konnten sich vor diesem Hintergrund erfreulich gut behaupten. So konnten im LB-Konzern ein moderates Wachstum bei den Volumengrößen (Bilanzsumme, Kredit- und Geschäftsvolumen) erreicht werden. So lag das Geschäftsvolumen mit 168.478 Mio. € zum 30.09.02 um 6 % über dem Vorjahresultimo. Für das Kreditvolumen ergab sich eine Steigerung um 5 % auf 164.545 Mio. €.

Auch die Rentabilität hat sich durchaus positiv entwickelt. So lag das zeitanteilige Betriebsergebnis nach Risikovorsorge zum 30.09.2002 mit 404 T€ um 49 % über dem zeitanteiligen Vorjahreswert. Die Eigenkapitalrentabilität lag mit 11,5 % ebenfalls deutlich über dem zeitanteiligen Vorjahreswert. Das gute betriebswirtschaftliche Ergebnis ist Ausfluss einer konsequenteren rentabilitätsorientierten Ausrichtung in der Geschäftspolitik. Dieses ist notwendig, um im Hinblick auf die öffentlichen Aufgaben eine hinreichende Grundsubstanz vorzuhalten.

Für die Zukunft ergeben sich nicht zuletzt durch die Synergieeffekte aus der Fusion mit der HLB weitere Wachstumspotentiale sowohl bezüglich des Volumens als auch der Renditegrößen.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Im Hinblick auf die vorgesehene Neustrukturierung der Landesbank ergibt sich auch für das weitere Beteiligungsengagement des Landes in der Zukunft eine neue Grundlage. So waren neben der generellen wirtschafts- und standortpolitische Bedeutung des Instituts bislang die öffentlichen Bausteine des Aufgabenspektrums, wie die Staatsbankfunktion und die Förderaktivitäten, maßgebend für die unternehmerische Beteiligung mit einem Anteil von 25,05 % seit 1994.

Die gesetzlich vorgegebene Konstruktion einer Anstalt des öffentlichen Rechts, für die das Land die **Anstaltslast und Gewährträgerhaftung** zusammen mit dem SGV originär trägt, machte eine finanzielle Beteiligung des Landes notwendig um der Umsetzung der Landesinteressen langfristig Rechnung zu tragen. Das Land konnte damit auch im Rahmen der unternehmerischen Entscheidungsfindung und nicht nur im Rahmen der Aufsichtsfunktion über die Anstalt als Korrektiv gegenüber anderen eher geschäftsbankorientierten Eigentümerinteressen (West LB und LBBW) wirken.

Die Herauslösung der Investitionsbank, der Rechtsformwechsel in eine Aktiengesellschaft und die sonstigen Maßnahmen zur Sicherung der Kapitalmarktfähigkeit lassen den eigentlichen öffentlichen Auftrag zwar zunehmend in den Hintergrund treten, gleichwohl besteht auch weiterhin ein Landesinteresse an der Beteiligung. Das Fortbestehen der Landesbank als Universalbank mit den vielfältigen Aufgaben im öffentlichen Interesse und als Finanzpartner des Landes und der Sparkassen mit Sitz in Kiel sowie die damit einhergehende Stärkung des Bankenplatzes Kiel und der Erhalt qualifizierter Bankarbeitsplätze sollen sichergestellt werden. Ohne eine unternehmerische Einbindung wäre dieses zumindest gefährdet.

Insbesondere für den Übergangszeitraum, in dem die alten Haftungsinstrumente noch greifen und die Voraussetzungen für eine stand alone Lösung geschaffen werden sollen, ist die Beteiligung des Landes notwendig. Vor diesem Hintergrund kann es sogar als vorsorgende Maßnahme im Rahmen der noch bestehenden Haftungsinstrumente betrachtet werden, wenn die geschäftspolitische Stärkung der Landesbank zur Zukunftssicherung des Instituts durch das Land unterstützt wird.

Aufstellung der Beteiligungen der LB Kiel (ohne Beteiligungen der IB)

Name des Unternehmens	Stamm / Grundkapital	Anteile in absoluten Beträgen	Anteil in %
DGZ-DekaBank, Frankfurt	560.000,0 TDM	24.095 TDM	4,3 %
NBV Norddeutsche Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg	70,0 TDM	10,0 TDM	14,29 %
Schleswig-Holsteinische Immobilienfonds KG, Kiel	360,0 TDM	360,0 TDM	100,0 %
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	3.600,0 T€	402,0 T€	11,17 %
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main	40.000,0 TDM	167,0 TDM	0,42 %
Landesbank Schleswig-Holstein International S.A., Luxemburg	43.000,0 T€	43.000,0 T€	100,0 %
Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH, Bad Oldesloe	50,0 T€	12,0 T€	24,0 %
Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft von 1963 mbH, Kiel (VTG)	50,0 TDM	50,0 TDM	100,0 %
Kieler Grunderwerbsgesellschaft mbH, Kiel	50,0 TDM	50,0 TDM	100,0 %
Schleswig-Holsteinische Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, Kiel	1.000,0 TDM	1000,0 TDM	100,0 %
SIZ-Informatik-Zentrum der Sparkassenorganisation GmbH, Bonn	6.000,0 TDM	176,0 TDM	2,93 %
Entwicklungsgesellschaft Norderstedt mbH, Norderstedt	2.000,0 TDM	46,0 TDM	2,3 %
Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt/Main	372.000,0 TDM	4389,6 TDM	1,18 %
Entwicklungsgesellschaft Ostholstein mbH, Eutin	11.300,8 TDM	125,0 TDM	1,11 %
Anker Schiffsbetreuungsgesellschaft mbH, Kiel	50,0 TDM	50,0 TDM	100,0 %
W. Jacobsen AG, Kiel	1.996,5 T€	1.716,9 T€	92,51 %
GZS Gesellschaft für Zahlungssysteme mbH, Frankfurt/Main	50.000,0 TDM	720,0 TDM	1,44 %
EURO Kartensysteme EUROCARD und eurocheque GmbH, Frankfurt/Main	5.000,0 TDM	72,0 TDM	1,44 %
dgv Hannover, Datenverarbeitungsgesellschaft mbH	25.000,0 TDM	1500,0 TDM	6,0 %
S.W.I.F.T., Brüssel	439.605,0 TBFR	205,0 TBFR	0,05 %
LB Schleswig-Holstein Finance B.V., Amsterdam (NL)	20,0 T€	20,0 T€	100,0 %
TECHNIKZENTRUM-Fördergesellschaft mbH, Lübeck	576,0 TDM	15,0 TDM	2,6 %
WFL Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Kreis Herzogtum Lauenburg mbH, Lauenburg	1.090,0 TDM	121,0 TDM	11,1 %
WFG Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Rendsburg-Eckernförde mbH, Rendsburg	750,0 TDM	37,5 TDM	5,0 %
BIG-Bau-Investitionsgesellschaft mbH, Kiel	10.000,0 TDM	2.400,0 TDM	24,0 %
Maschinen Miete GmbH & Co. Leasinggesellschaft, Berlin	1.000,0 TDM	50,0 TDM	5,0 %
Grundstücksverwaltungsgesellschaft der s.-h. Sparkassenorganisation mbH, Kiel	50,0 TDM	50,0 TDM	100,0 %
Mietdienst Gesellschaft für Investitionsgüterleasing mbH & Co. Leasinggesellschaft, Berlin	1.000,0 TDM	50,0 TDM	5,0 %
LBS Immobilien GmbH, Kiel	500,0 TDM	500,0 TDM	100,0 %
Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft mbH - MBG -, Kiel	4.100,0 TDM	200,0 TDM	4,88 %
KIWI Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH, Kiel	1.320,0 TDM	100,0 TDM	7,58 %
LBSH Leasing Verwaltungs- GmbH, Lockstedt	50,0 TDM	50,0 TDM	100,0 %

West Invest Westdeutsche Grundstücks- Invest- ment GmbH, Düsseldorf	10.000,0 TDM	1.000,0 TDM	10,0 %
Spielbank SH GmbH, Kiel	50,0 TDM	50,0 TDM	100,0 %
Spielbank SH GmbH & Co. Casino Stadtzentrum Schenefeld KG	100,0 TDM	100,0 TDM	100,0 %
Westdeutsche Immobilien Holding GmbH, Düs- seldorf	10.000,0 TDM	1.000,0 TDM	10,0 %
Bausteine für Kinder, Kindertagesstätten Bau- und Entwicklungs- GmbH, Lockstedt	50,0 TDM	50,0 TDM	100,0 %
KITZ Kieler Innovations- und Technologiezentrum GmbH, Kiel	685,0 TDM	100,0 TDM	14,6 %
LBSH Leasing Objekt GmbH & Co. KG Immo- bilienprojekt Heide, Lockstedt	50,0 TDM	3,0 TDM	6,0 %
Kieler Förde Verwaltungsgesellschaft mbH, Kiel	50,0 TDM	50,0 TDM	100,0 %
Baltic Sea- Verwaltungsgesellschaft mbH, Kiel	50,0 TDM	50,0 TDM	100,0 %
Nord-Ostsee-Verwaltungsgesellschaft mbH, Kiel	50,0 TDM	50,0 TDM	100,0 %
Hamburgische Landesbank, Hamburg	485.674,0 TDM	242.837,0 TDM	49,5 %
MDK Holdings Ltd., London	102,0 TDM	34,0 TDM	33,33 %
Spielbank SH GmbH & Co. Casino Lübeck- Travemünde KG	100,0 TDM	100,0 TDM	100,0 %
Spielbank SH GmbH & Co. Casino Westerland auf Sylt KG	1.000,0 TDM	900,0 TDM	90,0 %
Gudme Raaschou Bankaktieselskab, Kopenhagen	75.000,0 TDKK	75.000,0 TDKK	100,0 %
Gudme Raaschou AB, Stockholm	100,0 TSEK	100,0 TSEK	100,0 %
Spielbank SH GmbH & Co. Casino Kiel KG, Kiel	100,0 TDM	100,0 TDM	100,0 %
LB Kiel Nordic Finance AB, Stockholm, Malmö	50.800,0 TSEK	50.800,0 TSEK	100,0 %
eBanking Services Nord GmbH	30,0 T€	10,0 T€	33,33 %
LB Kiel Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH	1.100,0 T€	1.100,0 T€	100,0 %
Spielbank SH GmbH & Co. Casino Flensburg KG	1.000,0 TDM	900,0 T€	90,0 %
Schleswig-Holstein-Immobilien Partner GmbH	252,0 T€	84,0 T€	33,33 %
Lavita Leasing GmbH	5.415,0 T€	833,0 T€	15,38 %
Deutsche Börse AG, Frankfurt	95.420,0 T€	1,9 T€	0,002 %
TOCOTAX GbR	--	--	16,67 %
Facility Management Servicegesellschaft mbH	50,0 T€	50,0 T€	100,0 %
PCA Corporate Finance Oy	2.670,0 TFIM	1.366,0 TFIM	51,16 %
Oy FoxNord AB	50,0 TFIM	50,0 TFIM	100,0 %
Aura Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	25,0 T€	23,5 T€	94,0 %
Tapes GmbH & Co. KG	25,0 T€	23,5 T€	94,0 %
Azur Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. LBSH KG	5,0 T€	4,7 T€	94,0 %
Börse Düsseldorf AG	5.000,0 T€	21,6 T€	0,43 %
Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Steinburg mbH, Itzehoe	220,0 TDM	2,0 TDM	0,9 %
LBS -IT Informationstechnologie GmbH & Co. KG, Bonn	50,0 TDM	1,25 TDM	2,5 %
Sdirekt Schleswig-Holstein Dienstleistungsgesell- schaft für die Sparkassen-Finanzgruppe GbR, Kiel	127,8 TDM	6,4 TDM	5,0 %
LBS- Beteiligungs- GmbH	1.050,0 TDM	34,4 TDM	3,2 %

Investitionsbank Schleswig-Holstein
Zentralbereich der
Landesbank Schleswig-Holstein GmbH
Girozentrale, Kiel
Fleethörn 29 – 31
24103 Kiel



Telefon: (0431) 900-03
 Fax: (0431) 900-3383
 e- mail: info@ibank-sh.de
<http://www.ibank-sh.de>

Kapital: Die Investitionsbank ist ein organisatorisch und wirtschaftlich selbstständiger, rechtlich unselbstständiger Zentralbereich der Landesbank. Hinsichtlich der Angaben zum Kapital wird auf die Unternehmensdaten verwiesen.

Beteiligungen: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein, Kiel (GMSH)
 Kapital 10.226 T€
 Anteil IB 2.546 T€

Kiel-Hörn-Vermarktungsgesellschaft mbH i. L. , Kiel
 Kapital 307 T€
 Anteil IB 75 T€

Windtest Kaiser-Wilhelm-Koog GmbH
 Kapital 100 TDM
 Anteil IB 20 TDM

Anteile an verbundenen Unternehmen: Gesellschaft für Wagniskapital
 Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
 Schleswig-Holstein GmbH – MBG –
 Kapital 2.096 T€
 Anteil IB 1.074 T€

Geschäftsleitung: Lutz Koopmann, Sprecher der Geschäftsleitung
 Dr. Heinz Engelhaupt
 Dr. Klaus Rave

Beirat:

Staatssekretär Uwe Döring, Vorsitzender (MFE)	Silke Jahn (IB)
Hartmut Lippe (AG SH- Wohnungsunternehmen)	Knuth Lausen (IB)
Joachim Rohr (Vereins- und Westbank)	Annelore Nassiri (IB)
Holger Gruhnke (Bürgermeister Wentorf)	Horst Nörenberg (IB)
Anke Spoorendonk (MdL)	Ludolf Schulze-Berge (IB)
Staatssekretär Ulrich Lorenz (IM)	Rüdiger Paulsen (ver.di)
Staatssekretär Wilfried Voigt (MFE)	Constanze Gebhardt (IB)
Peter Deutschland (DGB)	Harald Bock (IB)
Dr. Marquard Gregersen (Landwirtschaftskammer)	Ursula Kähler (MdL)
Staatssekretär Michael Rocca (MWTv)	Brita Brandt (IB)
Staatssekretär Dr. Alois Altmann (MUNF)	Wolfgang Kubicki (MdL)
Staatssekretär Horst-Dieter Fischer (MAGS)	Gerhard Hoffmann (IB)
Staatssekretärin Henriette Berg (MUNF)	Monika Heinold (MdL)
Wolf-Rüdiger Janzen (IHK zu Kiel)	Martin Kayenburg (MdL)
Hans-Georg Rieckmann (IHK zu Lübeck)	Silke Jahn (IB)
Harald Rentsch (Städtebund S.-H.)	

Unternehmensdaten	31.12. 2001	31.12. 2000
Bilanzsumme:	5.741.722 T€	5.673.358 T€
Eigenkapital:	1.116.949 T€	1.069.994 T€
Kapitalrücklagen:	1.083.066 T€	1.031.245 T€
davon Zweckerücklage Wohnungsbau	806.148 T€	804.739 T€
davon Zweckerücklage Investitionsbank	120.583 T€	120.583 T€
davon Zweckerücklage Liegenschaften	156.335 T€	105.923 T€
Gewinnrücklagen:	35.883 T€	28.107 T€
davon Zweckerücklage Wohnungsbau	31.500 T€	23.724 T€
davon Zweckerücklage Investitionsbank	4.383 T€	4.383 T€
davon Zweckerücklage Liegenschaften	0 T€	0 T€
Bilanzgewinn	22.605 T€	10.642 T€
(Verlustvortrag ZV Liegenschaften)	(- 4.086) T€	(- 2.757) T€
Anlagevermögen:		
Sachanlagen	520.585 T€	343.605 T€
Beteiligungen	6.451 T€	7.048 T€
Anteile an verbundenen Unternehmen	5.369 T€	5.369 T€
Mitarbeiter	322	326
davon		
Frauen	190	191
Männer	132	135

Unternehmensgegenstand

Die Investitionsbank Schleswig Holstein ist das zentrale Förderinstitut des Landes zur Unterstützung der Wirtschafts- und Strukturpolitik in Schleswig-Holstein mit folgendem Produkt- und Dienstleistungsangebot:

Wirtschaftsförderung
Wohnraumförderung
Umwelt- und Energieprojekte und -förderung
Kommunalförderung und Städtebau
Agrarförderung
Projektmanagement für Land und Kommunen

Die Investitionsbank ist derzeit als nichtsrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts rechtlicher Bestandteil (Zentralbereich) der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale (LB Kiel). Das Land Schleswig-Holstein stellt gemäß § 43 Abs. 2 Satz 2 des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein die anderen Anteilseigner der LB Kiel von den Verbindlichkeiten aus dem Geschäftsbetrieb der Investitionsbank frei. Damit kommt zum Ausdruck, dass das Institut nicht im Interesse der anderen Anteilseigner der LB Kiel sondern des Landes tätig wird.

Entwicklung des Unternehmens:

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein feierte im Jahre 2001 ihr zehnjähriges Bestehen und blickt auf einen erfolgreichen Zeitabschnitt zurück. Waren die ersten Jahre durch eine eher als Programmabwicklung zu bezeichnende Ausrichtung geprägt, so wurden mit einer Neupositionierung im Jahre 1995 die Weichen für eine zielstrebige und nachhaltige Entwicklung zur Infrastrukturbank gestellt. Ab 1999/2000 nahm die Investitionsbank im Zusammenhang mit der Umsetzung des Liegenschaftsmodells der Landesregierung und der Übertragung des Liegenschaftsvermögens einen weiteren wichtigen Aufgabenblock im Landesinteresse wahr.

Das Fördervolumen der Investitionsbank erreichte in 2001 mit 557,4 Mio. € nach 1999 den zweithöchsten Stand seit Bestehen der Investitionsbank. Das Volumen verteilt sich wie folgt:

Wirtschaftsförderung	134,8 Mio. €
Kommunal- und Städtebauförderung:	154,2 Mio. €
Sozialer Wohnungsbau	83,2 Mio. €
Allgemeiner Wohnungsbau	167,2 Mio. €
Energie und Umwelt/ Agrar / Interreg	18,0 Mio. €

Die Ergebnisse und Erfolge der Investitionsbank im Detail werden gemäß § 22 des Investitionsbankgesetzes mit dem jährlichen Investitionsbankbericht dokumentiert, der spätestens 5 Monate nach Abschluss eines Geschäftsjahres vorzulegen ist.

Veränderungen im Bankenumfeld bzw. an rechtliche und multinationale Entwicklungen wie Basel II oder die Novellierung des Kreditwesengesetzes (KWG) machen eine laufende Anpassung der IB-Strukturen notwendig. Im Rahmen eines Strategieprojektes werden daher Aufbau- und Ablauforganisation mit einer stärkeren Kundenorientierung diesen Veränderungen angepasst.

Als Folge der Brüsseler Verständigung mit dem Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Sparkassen und Landesbanken ist auch für die Investitionsbank eine strukturelle Veränderung notwendig. Die Landesregierung hat sich dafür entschieden, die Investitionsbank von der Landesbank abzuspalten und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01. Juni 2003 in ausschließlicher Trägerschaft durch das Land zu errichten. Damit wird auch eine eigene Banklizenz nach den Vorschriften des Kreditwesengesetzes (KWG) erforderlich. Das Gesetzgebungsverfahren wurde nach der 1. Kabinettsbefassung am 19. November 2002 mit der sich anschließenden Anhörung der Verbände eingeleitet. Es ist vorgesehen, dass das Gesetz im Frühjahr 2003 verabschiedet wird.

Das Eigenkapital der neuen Investitionsbank besteht im wesentlichen aus den bisherigen Zweckerücklagen Investitionsbank und Wohnraumförderung. Das vorgesehene Stammkapital von 100 Mio. € wird aus Teilen der Zweckerücklage Investitionsbank gebildet.

Einhergehend mit der Verselbständigung werden tlw. Aufgaben der LB Kiel, die im Hinblick auf den Fördergedanken für die Region von besondere Bedeutung sind übernommen. Bisher von der LB Kiel im Rahmen interner Leistungsbeziehungen erbrachte Serviceleistungen werden zukünftig von der Investitionsbank selbst wahrgenommen werden müssen. Entsprechend den Verpflichtungen des Landes aus dem Investitionsbankvertrag wird dazu Personal von der LB Kiel zur Investitionsbank wechseln. Es wird auch zu einer Neuordnung der Gremien kommen. So wird der Beirat mit seiner Beratungsfunktion durch den Verwaltungsrat als Aufsichtsorgan ersetzt werden.

Das Zweckvermögen Liegenschaften wird nicht auf die neue Investitionsbank übertragen. Im Rahmen einer Neuordnung des Liegenschaftsverwaltung des Landes soll die bisher von der Investitionsbank wahrgenommenen Aufgaben von einer neuen Anstalt des öffentlichen Rechts wahrgenommen werden. Im Zuge dessen soll auch die Beteiligung an der GMSH aufgegeben werden.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Im Hinblick auf den Charakter als zentrales Förderinstitut des Landes ist das Landesinteresse ohne Zweifel. Im Rahmen seiner Organisationshoheit, hat die Landesregierung entschieden, die Durchführung der öffentlich rechtlichen Förderaufgaben durch eine Anstalt des öffentlichen Rechts wahrnehmen zu lassen.

Im Hinblick auf die Verpflichtungen des Landes aus Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ist zunächst eine hinreichende Ausstattung (Kapital, Personal und Sachmittel) zwingend notwendig. Daneben ist die Beteiligung des Trägers Land zielführend, um bei der unternehmerischen Entscheidungsfindung unmittelbar beteiligt zu sein. Damit wird nicht zuletzt Vorsorge getragen, dass die Haftungsinstrumente nicht zur Anwendung kommen müssen.

**Wirtschaftsförderung
Schleswig-Holstein GmbH**
Lorentzendam 43
24103 Kiel



Telefon: (0431) 59339-0
Fax: (0431) 59339 30
e- mail: info@wsh.de
<http://www.wsh.de>

Stammkapital:	50.000 DM	
davon		
Land Schleswig-Holstein	25.500 DM	(51,0%)
IHK zu Flensburg	8.100 DM	(16,2%)
IHK zu Kiel	8.200 DM	(16,4%)
IHK zu Lübeck	8.200 DM	(16,4%)

Beteiligungen: keine

Geschäftsführung: Dr. Bernd Bösche

Aufsichtsrat: *
Staatssekretär Michael Rocca, Vorsitzender (MWTV)
Wolf-Rüdiger Janzen, stellvertretender Vorsitzender (IHK zu Kiel)
Dr. Jens Haass (MWTV)
Dr. Sibylle Roggencamp (MFE)
Herbert Nielsen (IHK zu Flensburg)
Wilhelm von Boddien (IHK zu Lübeck)

* Der Vorsitz im Aufsichtsrat wird alternierend von den Gesellschaftern bestimmt.

Unternehmensdaten	31.12. 2001	31.12. 2000
Anlagevermögen	159 TDM	178 TDM
Guthaben bei Kreditinstituten	527 TDM	428 TDM
Eigenkapital	48 TDM	49 TDM
davon		
gezeichnetes Kapital	50 TDM	50 TDM
Gewinnvortrag		
Jahresfehlbetrag	1 TDM	0 TDM
Institutionelle Förderung (95% Land, 5% IHKn)	3.850 TDM	4.383 TDM
Durchzuleitende Projektförderung	745 TDM	1.150 TDM
Stellen (einschl. Geschäftsführung)	18	18
davon besetzt mit		
Frauen	12	12
Männern	6	6

Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH) ist:

- die Förderung der Wirtschaft durch Beratung und Anwerbung von Wirtschaftsunternehmen in bzw. für Schleswig-Holstein und damit in Zusammenhang stehende Maßnahmen.
- die Förderung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, dabei insbesondere die Organisation und Durchführung von Gemeinschaftsständen auf Messen und Ausstellungen, die Organisation und Durchführung von Informationsständen, Präsentationen, Symposien und Katalogausstellungen, außerdem die Organisation und Durchführung von Außenwirtschaftsveranstaltungen und Betreuung von ausländischen Wirtschaftsdelegationen, die Erschließung des Bedarfs an Außenwirtschaftsberatungen sowie die Durchführung der außenwirtschaftsorientierten Werbung und die Tätigkeit als Zuwendungsleitstelle für die Außenwirtschaftsförderung (AWF).

Entwicklung des Unternehmens:

Bei der WSH handelt es sich um eine gut funktionierende, eingeführte wirtschaftsnahe Institution. Nach einer ausführlichen Strategiediskussion mit den Partnern wurde in diesem Jahr eine neue Außenwirtschaftskonzeption realisiert, auch im Bereich der Akquisition wird – nicht zuletzt vor dem Hintergrund rückläufiger Landesmittel – eine stärkere Fokussierung auf ausgewählte Branchen und Regionen die künftige Tätigkeit der WSH bestimmen.

Im Jahr 2003 wird zu prüfen sein, ob durch eine weitergehende Verzahnung der WSH mit ihren Partnern in der Wirtschaftsförderung neue Synergien gehoben werden können.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Zweck der Beteiligung des Landes ist die Förderung der Wirtschaft durch Beratung und Anwerbung von Wirtschaftsunternehmen in bzw. für Schleswig-Holstein und damit im Zusammenhang stehende Maßnahmen sowie die Förderung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Die Schaffung bzw. Erhaltung einer wirtschaftsnahen Institution ist zu diesem Zweck besonders sinnvoll.

Die WSH wird in enger Abstimmung mit dem Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein tätig.

Durch Standortmarketing und -beratung konnten in Schleswig-Holstein in 2001 145 Unternehmen mit 1.683 neu zu schaffenden Arbeitsplätzen angesiedelt werden. Dabei handelt es sich um Ansiedlungen, die von der WSH und / oder den regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften z. T. In Zusammenarbeit mit den regionalen Wirtschaftsförderern, dem Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr sowie der Investitionsbank erfolgreich abgeschlossen wurden. Vor dem Hintergrund der Ereignisse vom 11. September und der schwierigen Wirtschaftslage ist dies ein gutes Ergebnis, wenn auch die vorangegangenen Jahre noch bessere Resultate aufweisen.

Durch ihre Tätigkeit im außenwirtschaftlichen Bereich, namentlich die Aufschluss- und Erstberatung sowie die Förderung außenwirtschaftlicher Projekte insbesondere von KMU, trägt die WSH mit zu der positiven Entwicklung der Exportquote der schleswig-holsteinischen Wirtschaft bei.

II. Wohnungs- und Siedlungsunternehmen, Entwicklungsgesellschaften, Vermögensverwaltung

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
Gartenstraße 6

24103 Kiel

Telefon: (0431) 599-0
 Fax: (0431) 599-1188
 e- mail: mail@gmsh.de
<http://www.gmsh.de>

Stammkapital:	10.266 T€	
davon		
Land Schleswig-Holstein	7.709,8 T€	(75,1,%)
Investitionsbank S.-H.	2.556,2 T€	(24,9%)

Beteiligungen: keine

Geschäftsführung: Dr. Hans Speck (kaufmännischer Geschäftsführer)
 Holger Basten (technischer Geschäftsführer)

Gewährträgersversammlung: Uwe Döring, Vorsitzender (MFE)
 Dr. Dietrich Rümker *, stellvertretender Vorsitzender (LB-SH)
 Wulf Jöhnk (MJF)
 Dr. Ralf Stegner (MBWFK)
 Ulrich Lorenz (IM)
 Lutz Koopmann (IB-S.-H.)

* bis 31. 12. 2002, Nachfolge n.n.

Verwaltungsrat: Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer, Vorsitzender (MFE)
 Jürgen Böck, stellvertretender Vorsitzender (GMSH)
 Dr. Bodo Hasenritter (MAGS)
 Hartmut Laufer (MJF)
 Dr. Franziska Pabst (MBWFK)
 Helmut Badekow (MWTV)
 Dr. Reinhold Strauß (MLR)
 Konrad Stege (IM)
 Dr. Andreas Wasielewski (MUNF)
 Jutta Roschig (BMF)
 Lutz Koopmann (IB)
 Wolfgang Seehafer (GMSH)
 Jürgen Haß (GMSH)
 Ernst Jürgen Drews (GMSH)
 Gundula Dörwald (GMSH)

Unternehmensdaten:	31.12. 2001	31.12. 2000
Anlagevermögen	5.084 T€	3.893 T€
Guthaben bei Kreditinstituten	55.630 T€	44.502 T€
Eigenkapital	24.503 T€	25.933 T€
davon		
gezeichnetes Kapital	10.226 T€	10.225 T€
Gewinnvortrag	369 T€	0 T€
Jahresfehlbetrag	- 1.429 T€	369 T€
Institutionelle Förderung	383 T€	511 T€
Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung)	1432	1264
davon		
Frauen	45,7 %	41,2 %
Männer	54,3 %	58,8 %

Unternehmensgegenstand

Die GMSH ist das zentrale Instrument des Landes für die Wahrnehmung seiner Bauherren- und Planungsaufgaben sowie für das Management und die Bewirtschaftung der vom Land genutzten Liegenschaften. Darüber hinaus hat sie die Funktion einer zentralen Beschaffungsstelle gemäß Landesbeschaffungsordnung für das Land übernommen.

In dieser umfassenden Ausrichtung steht die GMSH auch sonstigen Trägern der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung.

Außerdem nimmt die GMSH die umfangreichen staatlichen Bauaufgaben der Bundesrepublik Deutschland in Schleswig-Holstein wahr.

Entwicklung des Unternehmens:

Die Gebäudemanagement Schleswig-Holstein wurde per Gesetz (GMSHG) am 15.06.1999 als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet. Auf der Basis dieses Gesetzes wurden die zur Aufgabenerledigung / Zielerreichung erforderlichen Verträge abgeschlossen.

Erstmals zum Jahreswechsel 1999 / 2000 wurden Landesliegenschaften auf die Investitionsbank übertragen und von der Landesverwaltung über die GMSH angemietet. Das Verfahren konnte zum Jahreswechsel 2001/2002 weitgehend abgeschlossen werden.

Dies gilt auch für den Übergang der Bewirtschaftung der genutzten Gebäude auf die GMSH.

Die bei der GMSH angesiedelte zentrale Beschaffungsstelle hat mit Inkrafttreten der Landesbeschaffungsordnung zum 01.07.2000 ihren Betrieb aufgenommen.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Die GMSH soll ihre Leistungen nach wirtschaftlichen Grundsätzen erbringen. Durch diese Positionierung soll sie eine Effizienzsteigerung in allen Bereichen des staatlichen Bauens sowie der Raumbedarfsdeckung, der Gebäudebewirtschaftung und der Beschaffung erreichen. Dies führt zu einer strukturellen Senkung der Personal- und Sachkosten in der GMSH, zur Reduzierung der Raumbedarfe sowie zur Vereinfachung von Verwaltungsprozessen und wird damit zu nachhaltigen Entlastungen des Landeshaushalts beitragen.

**Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung
von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein
Kellinghusener Weg 1
25551 Lockstedt**



Telefon: (04877) 90613
Fax: (0431) 9884173

Kapital	25.000 €
davon	
Land Schleswig-Holstein	25.000 € (100 %)

Beteiligungen: keine

Geschäftsleitung: Mathias Diener Sonnenberg
Karl Schaffer

Unternehmensdaten	31.01.2002	31.01.2001 (Rumpfgeschäftsjahr)
Bilanzsumme:*	264.763.523,41 €	23.990,37 €
Eigenkapital:	759.780,67 €	17.206,80 €
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	742.573,87 €	-7.793,20€
Finanzanlagen:		
Beteiligungen	250.000.000 €	-
Mitarbeiter ohne Geschäftsführung	Keine	Keine

* Die Bilanzsumme beinhaltet eine stille Einlage an der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale (250.000 T€).

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von stillen Beteiligungen an juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts im Interesse der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur des Landes Schleswig-Holstein und aller damit zusammenhängenden Geschäfte.

Entwicklung des Unternehmens:

Die GVB hat ihre Geschäftstätigkeit mit der Gründung der Gesellschaft zum 18. Dezember 2000 aufgenommen. Nach Ablauf des ersten Rumpfgeschäftsjahres bis 31. Januar 2001 hat sich die GVB ab dem 01. Februar 2001 als typischer stiller Gesellschafter mit einer stillen Einlage von 250 Mio. € an der Landesbank Schleswig-Holstein (LB Kiel) beteiligt. Die Geschäftstätigkeit ist im wesentlichen durch die Abwicklung und Bedienung des Kapitaldienstes für die Refinanzierung der GVB geprägt. Zur Stärkung der Kapitalbasis der Gesellschaft, die anfänglich mit einem Stammkapital von 25 T€ ausgestattet war, wurde von einer Ausschüttung des zum Bilanzstichtag 31. Januar 2002 festgestellten Jahreserfolges abgesehen und im Geschäftsjahr 2002 / 2003 eine Kapitalerhöhung auf 750 T€ aus dem thesaurierten Gewinn vorgenommen. Im ersten Quartal 2002 wurden weitere Stille Einlagen in Höhe von jeweils 250 Mio. € bei der LB Kiel und der Hamburgischen Landesbank gezeichnet. Die bilanziellen Volumengrößen werden sich im Vergleich zum Bilanzstichtag 31. Januar 2001 entsprechend erhöhen.

Die Absicherung der Refinanzierungsdarlehen für die stillen Beteiligungen erfolgt über Landesbürgschaften. Hierfür werden von der GVB marktgerechte Avalprovisionen an das Land gezahlt. Für den Zeitraum Februar 2002 bis Juli 2003 fallen Avalprovisionen in Höhe von rd. 5,2 Mio. € an.

Die Gesellschaft erhöht die Flexibilität des Landes im Bereich der Beteiligungsverwaltung grundsätzlich und könnte bei einer Erweiterung des Gesellschaftszwecks z. B. auch für offene Beteiligungen (z. B. als „Beteiligungsholding“) als Instrument genutzt werden. Die bisherige Ausgestaltung mit einem minimalen Geschäftsbetrieb und einer nebenamtlichen Geschäftsführung ist an den wachsenden Geschäftsumfang anzupassen.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Die Begründung für das Beteiligungsengagement ist abzuleiten aus den als mittelbare Beteiligungen des Landes einzustufenden Beteiligungen der GVB. Die mit den Stillen Einlagen beabsichtigte Stärkung der Kapitalstruktur der Institute liegt im Landesinteresse, da die Verbesserung der Kapitalausstattung insbesondere im Hinblick auf die Zukunftssicherung der Institute notwendig ist. Das Land hat im Rahmen seiner Trägerschaft einen besonderen Beitrag geleistet. Mit der Sicherung der Kapitalmarktfähigkeit der zukünftig fusionierten Institute wird auch die Attraktivität für andere Investoren steigen.

Unabhängig von den Einzelengagements ist der Instrumentcharakter des Instituts von entscheidender Bedeutung. Konkrete Überlegungen über eine grundlegende Neuausrichtung der GVB bestehen derzeit aber nicht.

LEG Schleswig-Holstein
Landesentwicklungsgesellschaft mbH
Fabrikstraße 7



24103 Kiel

Telefon: (04191) 933-0
 Fax: (04191) 933-118
 e- mail: info@leg.de
<http://www.leg-sh.de>

Stammkapital:	27.500.000 €	
davon		
Land Schleswig-Holstein	13.769.700 €	(50,07%)
LEG		
Beteiligungsgesellschaft mbH	13.722.930 €	(49,9 %)
Die Kreise und kreisfreien		
Städte (außer der Stadt Neu-		
münster) sowie der Bauern-		
verband Schleswig-Holstein	7.370 €	(0.03%)

Beteiligungen:	Schleswig-Holsteinische Landgesellschaft mbH Stammkapital 27,5 Mio. € Anteil LEG 100%	(siehe gesonderte Darstellung)
	Beteiligungsgesellschaft Heimstätten Lübeck GmbH Stammkapital 0,025 Mio. € Anteil LEG 100%	Heimstätten Lübeck GmbH Stammkapital 3 Mio. € Anteil Beteiligungsgesellschaft Heim- stätten Lübeck GmbH 94,5%
	Immobilien Verwaltungsge- sellschaft Schleswig- Holstein mbH Stammkapital 5,1 Mio. € Anteil LEG 60%	
	Entwicklungsgesellschaft Schwerin mbH Stammkapital 0,026 Mio. € Anteil LEG 100%	
	Projektgesellschaft West- küste mbH Stammkapital 51 TDM Anteil LEG: 33,3%	

Geschäftsführung: Gerd Münchow, Sprecher der Geschäftsführung
 Reiner Quasnitza
 Martin Görge, stellvertretender Geschäftsführer

Aufsichtsrat: Staatssekretärin Ulrike Wolf-Gebhard, Vorsitzende (StK)
 Dr. Hans Hellberg, stellvertretender Vorsitzender (B.&L. AG)
 Staatssekretär Uwe Döring (MFE)
 Staatssekretär Dr. Aloys Altmann (MLR)
 Staatssekretärin Henriette Berg (MUNF)
 Staatssekretär Ulrich Lorenz (IM)
 Albert K.H. Büll
 Wolf-Rüdiger Janzen (IHK zu Kiel)
 Dr. Cornelius Liedke
 Peter Rieck (HLB)
 Karin Arins (LEG)
 Helmut Bruns (SHL)
 Günter HeimeI (LEG)
 Peter Matuschek (LEG)
 Hauke Witt (LEG)

Beirat: Die Gesellschaft hat einen Beirat, der den Aufsichtsrat bei der Umsetzung der Grundsätze und Ziele der Landesentwicklung sowie zu den Zielsetzungen und in grundsätzlichen Fragen der Geschäftspolitik der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften berät.

Unternehmensdaten	31.12. 2001	31.12. 2000
Anlagevermögen	634.290 T€	625.099 T€
Guthaben bei Kreditinstituten	6.232 T€	6.355 T€
Eigenkapital	144.646 T€	135.423 T€
davon		
gezeichnetes Kapital	27.500 T€	27.500 T€
Gewinnrücklagen	107.923 T€	96.082 T€
Jahresüberschuss	9.222 T€	12.324 T€
Umsatzerlöse	108.942 T€	112.082 T€
Mitarbeiter im Konzern (ohne Geschäftsführer)	520	544
davon		
Frauen	239	245
Männer	281	299

Unternehmensgegenstand

Der Gesellschaftsvertrag der LEG umfasst die

- Initiierung, Konzipierung und Realisierung von städtebaulichen Sanierungs-, Entwicklungs- und Erschließungsmaßnahmen unter Einbeziehung der Standort- und Stadtentwicklung,
- Entwicklung und Realisierung von Immobilienprojekten, insbesondere den Neubau, den Um- und Ausbau und die Modernisierung von Wohnungen, Industrie-, Gewerbe-, Verwaltungs- und sonstigen Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen,
- Bewirtschaftung und die Verwaltung von Wohnungen, Industrie-, Gewerbe-, Verwaltungs- und sonstigen Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen,

im eigenen und im fremden Namen. Die LEG hat gemäß § 10 a Absatz 2 Landesplanungsgesetz die Aufgabe, maßgeblich zur Verwirklichung der Grundsätze und Ziele der Landesentwicklung beizutragen. Sie soll im Verbund mit ihren Tochtergesellschaften Konzepte und Projekte zur integrierten Regionalentwicklung im Lande vorschlagen, erarbeiten und durchführen.

Entwicklung des Unternehmens:

Die LEG in ihrer heutigen Form entstand aus der Verschmelzung der LEG (alt) und der WOBAU. Der Verschmelzungsvertrag zwischen der LEG und der WOBAU wurde am 14. Juli 1999 geschlossen. Die WOBAU übernahm die Aktiva und Passiva der LEG und führt seit dem die Firma LEG ohne einen auf die Nachfolge hinweisenden Zusatz fort. Im Verschmelzungsvertrag wurde das Stammkapital der WOBAU von ursprünglich 50 Mio. DM unter Entnahme des Aufstockungsbetrages aus den Gewinnrücklagen erhöht und gleichzeitig auf die neue Währung umgestellt. Danach beträgt das Stammkapital 27,5 Mio. €.

Mit der Verschmelzung der alten LEG auf die WOBAU war der zwischen der LEG, WOBAU und Landgesellschaft abgeschlossene Konzernvertrag inhaltlich gegenstandslos geworden. Er wurde mit Zustimmung der Gesellschafterversammlungen der LEG und der Landgesellschaft aufgehoben. Gleichzeitig wurde zwischen den Gesellschaften ein Unternehmensvertrag geschlossen, durch den die Landgesellschaft ihre Leitung der LEG unterstellte.

Mit Vertrag vom 4. Juli 2001 veräußerte das Land einen Teil seiner Anteile und die Investitionsbank Schleswig-Holstein die Gesamtheit ihrer Anteile an der LEG an die LEG- Beteiligungsgesellschaft, die zu 80 % der B.&L. Immobilien AG und zu 20% der Hamburgischen Landesbank gehört. Das Land ist seit dem noch mit 50,07% an der LEG beteiligt.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Die Errichtung der LEG als GmbH sowie die Beteiligung des Landes als Gesellschafter erfolgten auf der Grundlage des § 10a Abs. 1 Landesplanungsgesetz. Nach dem in 2001 das Ziel erreicht worden war, private Investoren als Minderheitsgesellschafter zu beteiligen, wird seitens der Landesregierung zur Zeit geprüft, ob und ggf. in welcher Höhe weitere Anteile des Landes an der LEG privatisiert werden können.

**Schleswig-Holsteinische
Landgesellschaft mbH
Fabrikstraße 7**



24103 Kiel

Telefon: (04191) 933-0
Fax: (04191) 933-118
e- mail: info@leg.de
<http://www.lgsh-sh.de>

Stammkapital: 27.500.000 €
davon
LEG Schleswig-Holstein 27.500.000 € (100 %)
Landesentwicklungsgesellschaft mbH

Beteiligungen: Raiffeisen Hauptgenossenschaft Nord
Kapital 35. Mio. DM
Anteil SHL < 0,1%

Geschäftsführung: Gerd Münchow

Gesellschafterausschuss: Staatssekretär Dr. Aloys Altmann, Vorsitzender (MLR)
Helmut Dierks (Landwirt)
Klaus Göttsche (LEG)
Dr. Jens Haas (MWTV)
Prof. Dr. Güldenbergl (IM)
Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer (MFE)
Manfred Otten (MUNF)
Norbert Scharbach (IM)
Johannes Jürgen Schwitzer (Landwirt)

Unternehmensdaten	31.12. 2001	31.12. 2000
Anlagevermögen	21.114 T€	26.309 T€
Guthaben bei Kreditinstituten	20.257 T€	3.787 T€
Eigenkapital	100.122 T€	94.858 T€
davon		
gezeichnetes Kapital	27.500 T€	27.500 T€
Gewinnrücklagen	57.755 T€	57.755 T€
Jahresüberschuss	14.841 T€	9.602 T€
Umsatzerlöse	50.389 T€	49.989 T€
Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	70	84
davon		
Frauen	30	35
Männer	40	49

Unternehmensgegenstand

Die Gesellschaft führt als anerkanntes Siedlungsunternehmen des Landes Schleswig-Holstein im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes in der jeweils letztgültigen Fassung im ländlichen Raum Siedlungs-, Agrarstrukturverbesserungs- und Landentwicklungsmaßnahmen im Eigen-, Auftrags- und Treuhandgeschäft durch.

Die Gesellschaft realisiert ein umfassendes Flächenmanagement im Eigen-, Auftrags- und Treuhandgeschäft, das

- einen revolvingenden Bodenfonds zur Flächenbeschaffung und -bereitstellung für öffentliche und private Planungs- und Entwicklungsvorhaben und
- die Bewirtschaftung und Verwaltung von Flächen für Dritte, auch für den Umwelt- und Naturschutz

umfasst.

Entwicklung des Unternehmens:

Seit der Verschmelzung der ehemaligen LEG auf die WOBAU ist der zwischen LEG und SHL abgeschlossene Konzernvertrag hinfällig geworden. Die Gesellschafterversammlungen der LEG und der SHL stimmten der Aufhebung zu. Zu gleicher Zeit wurde zwischen den Gesellschaften ein Unternehmensvertrag geschlossen, seither ist die Leitung der SHL der der LEG unterstellt. Die SHL ist eine 100%ige Tochter der LEG und unterliegt damit deren strategischer und in gewissem Umfang auch deren operativer Steuerung

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der Landgesellschaft Schleswig-Holstein besteht in der Flächenbeschaffung und -verwertung für Maßnahmen des flächenbezogenen Naturschutzes und auch in der Flächenbeschaffung für die Landesforstverwaltung. Sie nimmt dabei wichtige Aufgaben wahr, die im Interesse des Landes liegen. Im Rahmen dieser Tätigkeit erwirbt sie beispielsweise für die Stiftung Naturschutz direkt Flächen. Es ist aber dabei auch erforderlich, dass die Landgesellschaft Bodenbevorratung betreibt. Nur dadurch ist es möglich, dass jeweils dann, wenn es erforderlich ist, auch die notwendigen Flächen bereit stehen. Dies gilt u.a. für

- Bodenbevorratung für Zwecke des Naturschutzes dann, wenn z.B. die Stiftung Naturschutz oder andere Träger von Naturschutzaufgaben kurzfristig die Flächen nicht selbst sofort erwerben können, andererseits aber für Naturschutzzwecke erforderliche Flächen angeboten werden,
- den Erwerb von Flächen mit dem Ziel, diese im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren, aber auch außerhalb solcher Verfahren im Naturschutzinteresse lagerichtig tauschen zu lassen,
- den Erwerb von Flächen, um diese bei Eingriffsvorhaben als Ausgleichsflächen bereitstellen zu können (ggf. auch im Tauschwege).

Auch im Bereich des Vertragsnaturschutzes nimmt die Landgesellschaft Aufgaben wahr, die landespolitisch bedeutsam sind.“

Darüber hinaus soll die Schleswig-Holsteinische Landgesellschaft im Rahmen ihrer Aufgaben dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für Einkommen und Wertschöpfung insbesondere in der Landwirtschaft zu gestalten und den Lebenswert im Lande, vor allem des ländlichen Raums, zu sichern und zu fördern.

**Zentrum für maritime Technologie
und Seefischmarkt ZTS
Grundstücksverwaltung Gesellschaft mbH
Wischhofstraße 1 - 3**

24148 Kiel

Telefon: (0431) 72 06 90 - 0

Fax: (0431) 72 87 56



Stammkapital: 1.000.000 DM
davon
Land Schleswig-Holstein 480.000 DM (48,0%)
Landeshauptstadt Kiel 520.000 DM (52,0%)

Beteiligungen: keine

Geschäftsführung: Hans Mehrens

Aufsichtsrat:
Ratsherr Hartmut Diester, Vorsitzender (Stadt Kiel)
Roger Rudolph, stellvertretender Vorsitzender (MFE)
Ratsherr Konrad Wentzel (Stadt Kiel)
Stadtrat Dr. Heinz Rethage (Stadt Kiel)
Ratsherr Jens Moritz (Stadt Kiel)
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer Dr. Jörn Biel (IHK zu Kiel)
Dr. Peter Denker (MLR)
Michael Wagner (MBWFK)
Holger Buchholz (ver.di)

Unternehmensdaten	31.12. 2001	31.12. 2000
Anlagevermögen	7.313 TDM	7.751 TDM
Guthaben bei Kreditinstituten	4.783 TDM	4.083 TDM
Eigenkapital	2.446 TDM	1.738 TDM
davon		
gezeichnetes Kapital	1.000 TDM	1.000 TDM
Gewinnrücklagen	638 TDM	123 TDM
Jahresüberschuss	807 TDM	615 TDM
Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung)	7	7
davon		
Frauen	2	2
Männer	5	5

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens

- ist die Ansiedlung wissenschaftlicher und technischer Forschungs- und Studieneinrichtungen auf dem Gebiet der Meereswissenschaften - dazu zählen insbesondere die Einrichtungen des Zentrums für maritime Geowissenschaften (GEOMAR) und fachnah arbeitende Hochschulinstitute und Firmen - durch Vermietung bzw. Verpachtung und Verkauf der gesellschaftseigenen Grundstücke sowie
- die Vermietung und Verpachtung von gesellschaftseigenen Grundstücken an Betriebe der Fischwirtschaft.

Entwicklung des Unternehmens:

Die jüngere Vergangenheit hat dem Unternehmen Gelegenheit gegeben, sich zu konsolidieren und zu stabilisieren. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr hat sich die positive Entwicklung aus dem Jahre 2000 fortgesetzt. Das positive Betriebsergebnis lässt ausreichend Spielraum für sich aus dem Anspruch der Gesellschafter und der Schlüsselfunktion der ZTS bei einer möglichen Zentralisierung der Meeresforschungsinstitutionen ergebenden Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur des Gesamtgeländes und zur notwendigen Instandsetzung der Gebäudesubstanz.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Die Anteile des Landes an der ZTS sollen veräußert werden, da die fachlichen Belange des MLR an der Absicherung des Standortes für Zwecke der Fischereiverwaltung, Fisch- und Ernährungswirtschaft sowie die Belange des MBWFK an der Erweiterung und Entwicklung des Wissenschaftsstandortes auch unabhängig von den Eigentumsverhältnissen an der ZTS gewährleistet werden können. Das gemäß § 65 Abs. 1 Nr. 1 LHO für eine Beteiligung notwendige wichtige Landesinteresse besteht somit nicht mehr.

III. Verkehrsbetriebe, Flughafenbeteiligung

AKN Eisenbahn AG
Rudolf-Diesel-Straße 2



24568 Kaltenkirchen

Telefon: (04191) 933-0
 Fax: (04191) 933-118
 e- mail: info@akn.de
<http://www.akn.de>

Stammkapital: 9.430.000 DM
 davon
 Land Schleswig-Holstein 4.704.600 DM (49,89%)*
 Freie und Hansestadt Hamburg 4.715.000 DM (50,00 %)

* In einer öffentlich rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg verzichtet die Freie und Hansestadt Hamburg bis zur Herstellung einer Parität durch Kauf der in Streubesitz befindlichen Anteile durch das Land auf Stimmrechte in dem Umfang, der dem an 50% der Aktien fehlenden Anteil des Landes Schleswig-Holstein entspricht.

Beteiligungen: Güterkraftverkehr Hamburg- Holstein GmbH (GüHH)
 Stammkapital 140 T€
 Anteil AKN 100 %

Schleswig-Holstein-Bahn GmbH (SHB)
 Stammkapital 100 T€
 Anteil AKN 100 %

NBE nordbahn Eisenbahngesellschaft mbH
 Stammkapital 1 Mio. €
 Anteil AKN 50%

Vorstand: Dipl.-Ing. Johannes Kruszynski

Aufsichtsrat: Erhard Wollny, Vorsitzender (MWTV)
 Dietrich Hartmann, stellvertretener Vorsitzender (FHH)
 Birgit Baumann (FHH)
 Michael Terrey (FHH)
 Dr. Eberhard Schmidt Elsäeßer (MFE)
 Georg Gorrissen (Landrat Kreis Segeberg)
 Arno Pooch (AKN)
 Joachim Rönndahl (AKN)
 Axel Burmester (AKN)

Unternehmensdaten	31.12. 2001	31.12. 2000
Anlagevermögen	87.420 T€	78.108 T€
Guthaben bei Kreditinstituten	1.999 T€	769 T€
Eigenkapital	9.979 T€	9.293 T€
davon		
gezeichnetes Kapital	4.821 T€	4.821 T€
Kapitalrücklage	5.150 T€	5.150 T€
Jahresüberschuss	687 T€	269 T€
Umsatzerlöse	14.222 T€	12.803 T€
sonstige betriebliche Erträge	8.435 T€	4.029 T€
Mitarbeiter (ohne Vorstand)	325	311
davon		
Frauen	41	41
Männer	284	270

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Betrieb und der Erwerb von Eisenbahnen für den Personen- und Güterverkehr, die Einrichtung, der Betrieb und der Erwerb von Kraftfahrlinien und Verkehrsmitteln anderer Art für den Personen-, Gepäck- und Güterverkehr sowie der Abschluss von Geschäften, die unmittelbar oder mittelbar hiermit zusammenhängen.

Die AKN betreibt öffentlichen Personennahverkehr und Güterverkehr mit Schienenfahrzeugen in Schleswig-Holstein und in Hamburg.

Entwicklung des Unternehmens:

Eisenbahnverkehrsleistungen werden als Eigenverkehr oder als Auftragsverkehr für Dritte sowohl auf eigener als auch auf fremder Infrastruktur ausgeführt. Seit dem Jahr 2000 zählt zu den Auftragsleistungen auch ein im internationalen Wettbewerb gewonnener Schienenpersonennahverkehr. Eine zweite in Kooperation mit der Hamburger Hochbahn AG im Wettbewerb gewonnene SPNV- Strecke ist im Dezember 2002 in Betrieb genommen worden.

Aus der Vielzahl von Möglichkeiten einer wettbewerbsorientierten Positionierung und zukunftsbezogener Ausrichtungen lassen die Hauptgesellschafter im Rahmen der Entwicklung der Unternehmensstrategie verschiedene Handlungsoptionen für die mittelfristige Unternehmensausrichtung analysieren. Ein Gutachten hierzu soll u.a. die Frage beantworten, welche strategischen Optionen geeignet sind, die Wettbewerbsfähigkeit der AKN im SPNV auf ihrem Stammstreckennetz und ggf. auf neuen Strecken zu erreichen.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Die von der AKN betriebenen Linien bilden die Stütze des öffentlichen Personennahverkehrs in der nördlich an die Freie und Hansestadt Hamburg angrenzenden Region der Kreise Pinneberg und Segeberg in Schleswig-Holstein. Durch die Beteiligung des Landes an der AKN soll ein attraktiver Schienenpersonennahverkehr insbesondere in der Metropolregion Hamburg sichergestellt werden. Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge.

Über die AKN wird eine Eisenbahninfrastruktur als Instrument der Regionalpolitik, die auch Schienengüterverkehr angemessen berücksichtigt, vorgehalten.

LVS Schleswig-Holstein
Landesweite Verkehrsservicegesellschaft mbH
Walkerdamm 17
24103 Kiel



Telefon: (0431) 660 19-0
 Fax: (0431) 66019-19
 e- mail: info@lvs-sh.de
<http://www.lvs-sh.de>

Stammkapital: 51.000 DM
 davon
 Land Schleswig-Holstein 25.500 DM (50,0%)
 alle Kreise sowie kreisfreien Städte (außer Kreis Steinburg) je 1.700 DM (je 0,33%)
 Zweckverband ÖPNV Steinburg 1.700 DM (0,33%)

Beteiligungen: keine

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Bernhard Wewers

Aufsichtsrat: Staatssekretär Michael Rocca, Vorsitzender (MWTV)
 Dr. Olaf Bastian, stellvertr. Vorsitzender (Landrat Kreis Nordfriesland),
 Dr. Heinz Rethage (Stadt Kiel)
 Dr. Sibylle Roggencamp (MFE)
 Zugeordnete, nicht stimmberechtigte Mitglieder:
 Harald Rentsch (Geschäftsführer des Städteverbandes S.-H.)
 Dr. Hartmut Borchert (Geschäftsführer des Gemeindetages S.-H.)

Beirat: Die LVS verfügt über eine Beirat, der sie in Fragen des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere des Schienenpersonennahverkehrs, berät. Der Beirat besteht aus bis zu zehn Mitgliedern, die Fachleute auf dem Gebiet des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere des Schienenpersonennahverkehrs, sind.

Unternehmensdaten	31.12. 2001	31.12. 2000
Anlagevermögen	186 TDM	130 TDM
Guthaben bei Kreditinstituten	435 TDM	802 TDM
Eigenkapital	51 TDM	51 TDM
davon		
gezeichnetes Kapital	51 TDM	51 TDM
Bilanzgewinn	0 TDM	0 TDM
Jahresüberschuss	0 TDM	0 TDM
Förderung durch das Land Schleswig-Holstein	2.240 TDM	2.040 TDM
sonstige Umsatzerlöse	10	50
Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung)	9	9
davon		
Frauen	4	4
Männer	5	5

Unternehmensgegenstand

Die Gesellschaft ist die Einrichtung, die nach Übertragung durch das Land Schleswig-Holstein die Planung, die Organisation und die Abwicklung für die Aufgabe des Landes, eine ausreichende Bedienung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) in Schleswig-Holstein sicherzustellen, wahrnimmt. Die Planung, die Organisation und die Abwicklung erfolgt in enger Abstimmung mit den Kreisen und kreisfreien Städten oder deren Zweckverbänden als Aufgabenträger für den übrigen öffentlichen Personennahverkehr.

Entwicklung des Unternehmens:

Neben der im April 1998 übertragenen Durchführung und haushaltsrechtlichen Abwicklung von Fördermaßnahmen (und der Aufwandspauschalen an die Kreise und kreisfreien Städte und der Auszahlung von Ausgleichsleistungen an NE- Bahnen für Güterverkehr und Renten) wurde die Bewirtschaftung weiterer Haushaltstitel vom MWTV auf die LVS fortgesetzt.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Die LVS unterstützt das Land bei der Wahrnehmung der Aufgabenträgerschaft für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und bei der Abstimmung mit dem übrigen ÖPNV. Insbesondere sind die Verhandlungen mit Verkehrsunternehmen, Planungen im SPNV, Vorbereitung eines landesweiten Nahverkehrsplans (LNVP) sowie die Koordination von SPNV, Vorbereitung der Bestellung des SPNV und im übrigen ÖPNV landesweit und über die Landesgrenzen hinaus vorrangige Aufgabe der LVS.

Ziel ist es, mehr Fahrgäste für Bus und Bahnen zu gewinnen, um so den Marktanteil des ÖPNV am Gesamtverkehrsmarkt zu erhöhen. Zum Erreichen dieser Ziele werden u.a. der integrale Taktfahrplan sowie der Schleswig-Holstein Tarif eingeführt, das Stationsprogramm realisiert, Strecken modernisiert und ein Qualitätsmanagement aufgebaut.

Kieler Flughafen Gesellschaft mbH
Boelckestraße 100

24159 Kiel

Telefon: (0431) 329 19-0
 Fax: (0431) 32 36 21
 e- mail: info@airport-kiel.de
<http://www.airport-kiel.de>



Stammkapital:	100.000 DM	
davon		
Land Schleswig-Holstein	55.000 DM	(55,0%)
Landeshauptstadt Kiel	45.000 DM	(45,0%)

Beteiligungen: keine

Geschäftsführung: Mathias Köhn

Aufsichtsrat: Dr. Jan Eggers, Vorsitzender (MWTV)
 Dr. Heinz Rethage, stellvertretender Vorsitzender (Stadt Kiel)
 Wolf-Rüdiger Janzen (IHK zu Kiel)

Beirat: Der Beirat der Kieler Flughafen Gesellschaft mbH besteht aus bis zu 21 ehrenamtlichen Mitgliedern, die über besondere Kenntnisse aus den Bereichen Luftverkehr, Tourismus, Verkehrswesen, Stadt- und Regionalplanung, Unternehmensplanung sowie dem Umweltschutz verfügen. Die Mitglieder werden durch die Geschäftsführung der Kieler Flughafen Gesellschaft mbH nach Abstimmung mit dem Aufsichtsrat berufen.

Unternehmensdaten	31.12. 2001	31.12. 2000
Anlagevermögen	12.206 TDM	13.244 TDM
Guthaben bei Kreditinstituten	8 TDM	0 TDM
Eigenkapital	- 807 TDM	- 855 TDM
davon		
gezeichnetes Kapital	100 TDM	100 TDM
Bilanzverlust	- 907 TDM	- 955 TDM
Jahresüberschuss	47 TDM	46 TDM
Betriebsmittelzuschüsse	1.656 TDM	1.656 TDM
Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung)	40	40
davon		
Frauen	4	4
Männer	36	36

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Ausbau und der Betrieb von Flugplätzen in Kiel sowie die Förderung des Flugwesens, insbesondere des Luftverkehrs und des Luftsports.

Entwicklung des Unternehmens:

Die Gesellschaft war auch im Geschäftsjahr 2001 nicht in der Lage, die benötigten Deckungsbeiträge voll zu erwirtschaften. Wie in den vergangenen Jahren wirkten sich die durch öffentliche Förderträger bereitgestellten Betriebsmittelzuschüsse und Investitionsmittel jedoch positiv aus und erlaubten es der Gesellschaft, die Geschäftstätigkeit geordnet durchzuführen.

Die Situation wird sich in den kommenden Jahren erst nach einem Ausbau des Flughafens ändern.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Der Flughafen Kiel hält für die K.E.R.N. Region die Verkehrsinfrastruktur zur schnellen und sicheren Anbindung an die nationalen Wirtschaftszentren und damit an die Absatz- und Beschaffungsmärkte vor und trägt damit wesentlich dazu bei, die lagebedingten Standortnachteile zu eliminieren.

Durch das Engagement des Landes ist die erforderliche Sicherheit bei der Abwicklung des vorhandenen Verkehrs sowie Erweiterung der Infrastruktur für zukünftige Verkehre zu gewährleisten und der Bestand des Standortfaktors Regionalflyhafen Kiel gesichert.

IV. Unternehmen im Energie und Umweltbereich

NationalparkService gGmbH
Schlossgarten 1
25832 Tönning



**Nationalpark
Schleswig-Holsteinisches
Wattenmeer**

NationalparkService gGmbH

Telefon: (04861) 6 16 -70
Fax: (04861) 6 16 - 79
e- mail: service@wattenmeer-nationalpark.de
<http://www.wattenmeer-nationalpark.de>

Stammkapital:	50.000 €	
davon		
Land Schleswig-Holstein	27.500 €	(55,0 %)
Kreis Nordfriesland	3.570 €	(7,5 %)
Kreis Dithmarschen	3.570 €	(7,5 %)
Naturschutzverbund Deutschland		
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.	2.500 €	(5,0 %)
Naturschutzgesellschaft Schutzstation Wattenmeer e.V.	2.500 €	(5,0 %)
Verein Jordsand zum Schutze der Seevögel und der Natur e.V.	2.500 €	(5,0 %)
Verein für Naturschutz und Landschaftspflege - Mittleres Nordfriesland - e.V.	2.500 €	(5,0 %)
Verein „De Wattenlöpers“ Fachverband der Wattführerinnen und Wattführer im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer e.V.	2.500 €	(5,0 %)
Umweltstiftung WWF Deutschland	2.500 €	(5,0 %)

Beteiligungen: keine

Geschäftsführung: Dr. Eckart Schrey
Dipl.-Kfm. Jürgen Stöcker

Aufsichtsrat: Thorsten Elscher, Vorsitzender (MUNF)
Dr. Olaf Bastian (Kreis Nordfriesland)
Heinrich Ewers (Verein für Naturschutz und Landschaftspflege
Mittleres Nordfriesland e.V.)
Rolf Funck (MFE)
Dr. Bernd Scherer (Nationalparkamt)
Hermann Schultz (NABU)

Unternehmensdaten	31.12. 2001	31.12. 2000
Anlagevermögen	2.071 TDM	225 TDM
Guthaben bei Kreditinstituten	1.701 TDM	425 TDM
Eigenkapital	383 TDM	364 TDM
davon		
gezeichnetes Kapital	98 TDM	98 TDM
Gewinnvortrag	284 TDM	266 TDM
Institutionelle Förderung	3.338 TDM	2.250 TDM
Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung)	59	44
davon		
Frauen	24	18
Männer	35	26

Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung des Naturschutzes und des Nationalparkgedankens.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- Förderung des Erlebens der Natur und Information über Natur und Umwelt im Nationalpark durch Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort,
- Halten von Vorträgen, Führen und Betreuen von Besuchergruppen,
- Betreiben und Unterhalten des Besucherinformationssystems sowie von Informationszentren,
- Flächendeckende Nationalparkbetreuung in Zusammenarbeit mit den im Nationalpark engagierten Naturschutzgruppen und -verbänden,
- Förderung der Kommunikation zwischen den Gebietskörperschaften im Nationalpark und dem staatlichen Naturschutz,
- Zusammenarbeit mit den anderen Nationalparks, insbesondere mit den Küsternationalparks,
- Aufgaben der Dauerbeobachtung (Monitoring) von Natur und Umwelt im Nationalpark,

soweit nicht das Nationalparkamt zuständig ist.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck zu dienen geeignet sind.

Entwicklung des Unternehmens:

Die Gesellschaft ist im Jahre 1999 gegründet worden. Im Jahre 2000 wurde das Multimar Wattforum, das bis dahin von der Stadt Tönning betrieben worden war, von der Gesellschaft übernommen (Übertragung zum 31. 12. 2000). Damit unterhält die Gesellschaft eine Institution, die neben der Förderung für den Naturschutz und der Unterstützung des Nationalparkgedankens von touristischer Bedeutung ist. Zur Sicherung der Attraktivität und zum Erhalt des nach wie vor großen Besucherandrangs wurde das Multimar Wattforum durch ein Walhaus, mit einem präparierten Pottwal sowie einer Ausstellung über die weltweite Situation der Wale erweitert.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Mit der Gründung der Gesellschaft sollte die Förderung des Naturschutzes und des Nationalparkgedankens an der Westküste Schleswig-Holsteins auf eine breite Basis gestellt werden. Dies ist mit der Beteiligung der Kreise Dithmarschen und Nordfriesland sowie mehrere Verbände des Natur- und Umweltschutzes gelungen. Die Zusammenarbeit in der Form einer privatrechtlichen Gesellschaft hat sich gewährt.

**GBS – Gesellschaft zur Beseitigung
von Sonderabfällen mbH**
Holstenbrücke 8-10
24103 Kiel



Telefon: (0431) 9 45 65
Fax: (0431) 9 69 78
e- mail: gbs.kiel@t-online.de

Stammkapital:	50.000 DM	(100,0 %)
davon		
Land Schleswig-Holstein	25.000 DM	(50,0 %)
Freie und Hansestadt Ham- burg	25.000 DM	(50,0 %)
Beteiligungen:	keine	
Geschäftsführung:	Klaus Joachim Lindner	
Aufsichtsrat:	Peter Steiner, Vorsitzender (MUNF) Rolf Funck (MFE) Dr. Jörn Biel (IHK zu Kiel - für das Land S.-H.) Dr. Hans-Walter Herrring (FHH) Udo Gawenda (FHH) Karin Aval (FHH) <u>Ohne Stimmrecht:</u> Heinz Albrecht (Gemeinde Rondeshagen) Jann-Uwe Petersen (Kreis Herzogtum - Lauenburg)	

Unternehmensdaten:	31.12. 2001	31.12. 2000
Anlagevermögen	32.622 TDM	26.204 TDM
Guthaben bei Kreditinstituten	10.522 TDM	18.763 TDM
Eigenkapital	29.069 TDM	32.807 TDM
davon		
gezeichnetes Kapital	50 TDM	50 TDM
Gewinnvortrag	896 TDM	602 TDM
Jahresergebnis	-3.738 TDM	294 TDM
Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung)	3	3
davon		
Frauen	1	1
Männer	2	2

Unternehmensgegenstand

Die Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH (GBS) unterhält auf einem ca. 22,24 ha großen Grundstück in Rondeshagen (Kreis Herzogtum Lauenburg) eine Deponie zur ordnungsgemäßen Beseitigung von Sonderabfällen .

Die Betriebsführung der Deponie wird von der Müllverbrennungsanlage Stapelfeld GmbH wahrgenommen.

Entwicklung des Unternehmens:

Die Entwicklung seit Aufnahme des Deponiebetriebes im November 1982 war zunächst durch eine ständig steigende Nachfrage nach Deponiekapazitäten gekennzeichnet. Das genehmigte Deponievolumen beträgt 1.024.000 m³. Davon waren bis Ende 2001 652.850 m³ verfüllt und 80.000 m³ durch endgültige Abdeckung verbraucht, so dass ein Restvolumen von 291.150 m³ verblieb.

Den größten Teil der eingelagerten Abfälle machen Rauchgasreinigungsrückstände aus Müllverbrennungsanlagen aus. Nach Einführung der Deponieabgabe durch das Land Schleswig-Holstein und durch die Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sind diese Abfälle größtenteils zur Verwertung unter Tage in Salzbergwerke abgewandert. Der Wegfall der Deponieabgabe änderte daran nichts. Dadurch haben sich die in Rondeshagen abgelagerten Abfallmengen deutlich verringert, der Umsatz ist entsprechend rückläufig.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Sonderabfalldeponien sollen die in den Abfällen enthaltenen Schadstoffe über erdgeschichtliche Zeiträume vor einem Austritt in die Umwelt bewahren. Eine solche Aufgabenstellung ist schon technisch-naturwissenschaftlich kaum kalkulierbar. Rein betriebswirtschaftlich gesehen ist dieses Risiko zumindest nicht vollständig versicherbar. Allein die Vorsorgeverpflichtung des Staates gebietet daher sein Engagement in dieser Angelegenheit. Zum Zeitpunkt des Deponiebaus war im übrigen auch kein Privatunternehmen zu einer solchen Leistung bereit. Auch danach waren Privatunternehmen meist nur bereit, die Deponie zu betreiben, aber nicht mit allen Risiken zu übernehmen.

Diese Risikosituation fordert angesichts der Betroffenheit der im Deponieumfeld lebenden Bevölkerung und des öffentlichen Interesses, das solche Abfallanlagen regelmäßig auslösen, einen vertrauensbildenden bzw. zumindest -erhaltenden Umgang mit einer derartigen Anlage. Ein Verkauf an die Privatwirtschaft wäre insofern eine gegenteilige Maßnahme.

**GOES – Gesellschaft für die Organisation der
Entsorgung von Sonderabfällen mbH**
Saalestraße 8
24539 Neumünster



Telefon: (04321) 999 415
Fax: (04321) 999 444
e- mail: info@goes-sh.de
<http://www.goes-sh.de>

Stammkapital:	300.000 Euro	
davon		
Land Schleswig-Holstein	77.250 Euro	(25,75%)
Die Kreis und kreisfreien Städte des Landes zu je 5.050 Euro	75.750 Euro	(25,25%)
SHEREG –Schleswig-Holsteinische Entsorgung und Recycling GmbH	36.750 Euro	(12,25%)
EGSH – Entsorgungsgemeinschaft Schleswig-Holstein e.V.	36.750 Euro	(12,25%)
14 Verbände oder Organisationen der abfallerzeugenden Wirtschaft in S.-H.	73.500 Euro	(24,5%)

Beteiligungen: keine

Geschäftsführung: Jürgen Wahl

Aufsichtsrat: Peter Steiner, Vorsitzender (MUNF)
Rolf Funck (MFE)
Jürgen Held (Kommunen)
Wolfgang von Ancken (Kommunen)
Dr. Jörn Biel (Abfallerzeugende Wirtschaft)
Hans-Werner Blöcker (Abfallerzeugende Wirtschaft)
Lys Birgit Zorn (Abfallentsorgende Wirtschaft)
Dr. Schulze-Langenhorst (Abfallentsorgende Wirtschaft)

Unternehmensdaten	31.12. 2001	31.12. 2000
Anlagevermögen	102 TDM	99 TDM
Guthaben bei Kreditinstituten	877 TDM	797 TDM
Eigenkapital	600 TDM	872 TDM
davon		
gezeichnetes Kapital	587 TDM	587 TDM
Gewinnvortrag	13 TDM	285 TDM
Jahresfehlbetrag	272 TDM	73 TDM
Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung)	10	12
davon		
Frauen	5	5
Männer	5	7

Unternehmensgegenstand

Die Gesellschaft ist die zentrale Stelle für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen in Schleswig-Holstein. Sie verfolgt das Ziel einer weitgehenden Vermeidung, der Optimierung der Verwertung und der sonstigen Entsorgung von Sonderabfällen.

Zu den Aufgaben gehören insbesondere:

- a) die zentrale Erfassung und Lenkung der Entsorgungsvorgänge von Sonderabfällen,
- b) die Beratung von Sonderabfall- und Reststoffherzeugern und Entsorgern über Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und sonstigen Entsorgung von Sonderabfällen und Reststoffen,
- c) der Nachweis von geeigneten Entsorgungsmöglichkeiten für Sonderabfälle,
- d) die Erteilung der Entsorgungsbestätigungen,
- e) die zentrale Auswertung der gemäß Buchstabe a) erfassten Abfalldaten und Erarbeitung der Grundlagen für die Aufstellung der vom Land Schleswig-Holstein zu erstellenden Abfallentsorgungspläne.

Zum Erreichen des Gesellschaftszwecks darf die Gesellschaft sich auf allen Gebieten betätigen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Sie kann sich an anderen Unternehmen beteiligen, sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben Dritter bedienen und Zweigniederlassungen errichten.

Entwicklung des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat sich seit ihrer Gründung Ende 1993 insgesamt positiv entwickelt. Sie hat sich auch über die Landesgrenzen hinweg einen guten Namen erworben, was dazu führte, dass sie von den Bundesländern mit der Koordinierung des Austauschs der Daten aus der Abfallstromüberwachung zwischen allen Ländern beauftragt worden ist.

Nachdem die Gründungsphase positiv abgeschlossen worden war, haben sich die Gesellschafter im Rahmen der Umstellung des Stammkapitals auf den Euro zu einer Kapitalherabsetzung von 1.200.000 DM auf 300.000 Euro verständigt. Diese Kapitalherabsetzung ist inzwischen abgeschlossen worden.

Die Ertragslage der Gesellschaft war in der Vergangenheit von starken Schwankungen in einem fünfjährigen Rhythmus geprägt, die sich daraus ergeben, dass die von der GOES zu erstellenden gebührenpflichtigen Bescheide in der Regel eine fünfjährige Gültigkeit haben. Die Gesellschaft ist zur Zeit bestrebt, Maßnahmen zu ergreifen, die zu einem gleichmäßigeren Geschäftsverlauf führen.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben durch einen durch Landesverordnung beliebigen Unternehmer hat sich in diesem Fall bewährt. Durch die Beteiligung der Wirtschaft findet innerhalb der Gesellschaft ein fruchtbarer Meinungs-austausch und Interessenausgleich statt, der sich positiv auf die Aufgabenerledigung auswirkt. Nach § 11 Landesabfallwirtschaftsgesetz ist eine Voraussetzung für die Beleihung der GOES mit hoheitlichen Aufgaben, dass das Land einen seinem Interesse entsprechenden Einfluss auf das Unternehmen insbesondere im Aufsichtsrat erhält. Daher ist die bestehende Beteiligung unverzichtbar.

WINDTEST - Kaiser-Wilhelm-Koog GmbH
Sommerdeich 14 b
25709 Kaiser-Wilhelm-Koog

Telefon: (04856) 901-0
 Fax: (04856) 901-49
 e- mail: info@windtest.de
<http://www.windtest.de>



Stammkapital:	200.000 DM	
davon		
Land Schleswig-Holstein	50.000 DM	(25,0 %)
Germanischer Lloyd		
WindEnergie GmbH	50.000 DM	(25,0 %)
SCHLESWAG AG	50.000 DM	(25,0 %)
Kreis Dithmarschen	20.000 DM	(10,0 %)
Investitionsbank		(10,0 %)
Schleswig-Holstein	20.000 DM	
Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog	10.000 DM	(5,0 %)

Beteiligungen: keine

Geschäftsführung: Volker Köhne

Unternehmensdaten:	31.12. 2001	31.12. 2000
Anlagevermögen	716 T€	553 T€
Guthaben bei Kreditinstituten	2 T€	1 T€
Eigenkapital	245 T€	73 T€
davon		
gezeichnetes Kapital	102 T€	102 T€
Gewinnvortrag	143 T€	-29 T€
Jahresergebnis	172 T€	90 T€
Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung)	24	17
davon		
Frauen	4	3
Männer	20	14

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Erforschung, Erprobung und Beratung bei der Einführung und Weiterentwicklung der Windenergietechnik und der damit verbundenen Technologien.

Entwicklung des Unternehmens:

Windenergie hat am Energiemix in Deutschland inzwischen einen nennenswerten Anteil erreicht. Inzwischen haben sich auch die Märkte in anderen europäischen Ländern in diesem Sinne positiv entwickelt, so dass die Abhängigkeit der Gesellschaft von politischen Rahmenbedingungen geringer geworden ist.

Nachdem die Krise der Windenergie im Jahr 1997, u.a. gekennzeichnet durch zahlreiche Konkurse, die auch die WINDTEST Kaiser-Wilhelm-Koog GmbH negativ beeinflusste, überwunden worden war, hat sich die Auftrags- und Ertragslage in den vergangenen Jahren erfreulich entwickelt.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Die Grundlage für die Zertifizierung von Windenergieanlagen bilden die Mess- und Untersuchungsergebnisse eines neutralen Testfeldes. Gemäß internationaler Vereinbarung gilt ein Testfeld dann als neutral, wenn es sich nicht überwiegend in privater Hand befindet. Diese Konstellation bot dem Land die Möglichkeit, die betrieblichen Interessen der Germanischer Lloyd AG mit seinen energiepolitischen Zielvorstellungen durch die Beteiligung an der WINDTEST in Einklang zu bringen und damit eine Zukunftstechnologie zu fördern sowie deren Entwicklung mitzugestalten. Die Landesregierung verwirklicht durch die Beteiligung ihr Ziel, an der Entwicklung erneuerbarer Energien entscheidend mitzuwirken.

V. Forschungs-, Bildungs- Wissenschafts- und Krankenhauseinrichtungen

psychatrium GRUPPE
Fachklinik Heiligenhafen
Anstalt des öffentlichen Rechts
Friedrich-Ebert-Straße 100
23774 Heiligenhafen

Telefon: (0 43 62) 91 - 0
 Telefax: (0 43 62) 91 - 14 50
 E-Mail: info@psychatrium.de
<http://www.psychatrium.de>



professionelle Hilfen-
einfach menschlich.

Festgesetztes Kapital:* 12.749.162 DM
 davon
 Land Schleswig-Holstein 12.749.162 DM (100,0 %)
 * gemäß § 5 Abs. 6 Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV)

Beteiligung: Horizon Kiel gGmbH, Kiel
 Stammkapital 38.100 €
 Fachklinik Heiligenhafen 66,7 %

Geschäftsführung: Jörg Hemmersbach
 Karl-Heinz Heide (Stellvertreter)

Verwaltungsrat: Dr. Benedikt Müller-Lucks, Vorsitzender (MASGV)
 Oliver Kühl, stellvertretender Vorsitzender (MFE)
 Dr. Birgit Sitepu (MASGV)
 Norbert Rocksien (MASGV)
 Dr. Harald Gundermann (Fachklinik Heiligenhafen)
 Michael Pajonk (Fachklinik Heiligenhafen)
 Horst-Dieter Spiekermann (Fachklinik Heiligenhafen)
 Helga Strübing (ver.di)

Gewährträgersversammlung: Bernd Schloer, Vorsitzender (MASGV)
 Dr. Sibylle Roggencamp, stellvertretende Vorsitzende (MFE)

Unternehmensdaten:	31.12.2001	31.12.2000
Anlagevermögen	42.107 TDM	41.973 TDM
Guthaben bei Kreditinstituten	1.304 TDM	5.186 TDM
Eigenkapital	15.762 TDM	16.282 TDM
davon		
Festgesetztes Kapital	12.749 TDM	12.749 TDM
Kapitalrücklage	621 TDM	571 TDM
Gewinnrücklage	1.572 TDM	2.534 TDM
Freie Rücklage	232 TDM	282 TDM
Gewinnvortrag	146 TDM	764 TDM
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	442 TDM	- 618 TDM
Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	33.115 TDM	33.933 TDM
Planbetten	340	361
davon		
vollstationär	340	361
Heimplätze	398	398
davon		
vollstationär	398	398
Rehaplätze	41	41
davon		
vollstationär	31	31
teilstationär	10	10
Mitarbeiter (Vollkräfte)	687	712
davon		
Frauen	430	438
Männer	257	274

Geschäftsgegenstand:

Die Fachklinik Heiligenhafen erfüllt Aufgaben der Versorgung der Bevölkerung mit psychiatrischen, psychotherapeutischen, psychosozialen, neurologischen und kinder- und jugendpsychiatrischen Leistungen im Rahmen der Krankenhaus-, Pflegeheim- und Psychiatrieplanung des Landes. Sie ist Bestandteil der regionalen psychiatrischen und psychosozialen Versorgungsstrukturen. Sie beteiligt sich an der Vernetzung und Kooperation der stationären und ambulanten Versorgungsangebote in der Region.

Entwicklung des Unternehmens:

In den letzten Jahren sind die psychiatrischen und psychosozialen Hilfeleistungen in Schleswig-Holstein umfassend reformiert worden. Es ist ein gemeindenahes System von Hilfen für psychisch Kranke und Behinderte entstanden. Jede Region verfügt über ein klinisches Behandlungsangebot. Es besteht ein Netz kleiner, überschaubarer Angebote des beschützten teil- und vollstationären Wohnens. Dieser Prozess geht in weiten Bereichen zu Lasten der Großeinrichtungen und damit insbesondere der Fachklinik. So gibt die Fachklinik Heiligenhafen im Rahmen der Dezentralisierung und Enthospitalisierung Kapazitäten nach Elmshorn, Preetz, Rendsburg und Kiel ab. Diese Situation wird durch das Bemühen der Krankenkassen verschärft, die Tarif- und Preissteigerungen im Bereich der Krankenversorgung unzureichend zu finanzieren. Die weitere Optimierung des wirtschaftlichen Handelns ist unumgänglich. Ein Ansatzpunkt zum Erhalt der Leistungsfähigkeit der Standorte der Fachklinik Heiligenhafen und Neustadt ist die durch das Gesetz zur Neuordnung der Fachkliniken vom 25. November 2002 beschlossene Fusion der Fachklinik zur psychiatrium GRUPPE.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Das Land Schleswig-Holstein ist aus historisch bedingten Gründen Träger psychiatrischer Einrichtungen. Mit dem Fachklinikgesetz vom 8. Dezember 1995 und dem Gesetz zur Neuordnung der Fachkliniken vom 25. November 2002 hat der Schleswig-Holsteinische Landtag die Gewährträgerschaft des Landes aufrechterhalten.

Ostseezentrum für seelische Gesundheit
Fachklinik Neustadt
Anstalt des öffentlichen Rechts
Wiesenhof
23730 Neustadt
 Telefon: (0 45 61) 6 11 - 1
 Telefax: (0 45 61) 6 11 - 3 15
 E-Mail: info@ostseezentrum.de
<http://www.ostseezentrum.de>



Festgesetztes Kapital:*	5.743.209 €
davon	
Land Schleswig-Holstein	5.743.209 € (100,0 %)
* gemäß § 5 Abs. 6 Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV)	
Beteiligung:	Tagesklinik Ostholstein gGmbH, Neustadt Stammkapital 26.076 € Fachklinik Neustadt 50,0 %
Geschäftsführung:	Jörg Hemmersbach Georg Dircks, stellvertretender Geschäftsführer
Verwaltungsrat:	Dr. Benedikt Müller-Lucks, Vorsitzender (MASGV) Oliver Kühl, stellvertretender Vorsitzender (MFE) Dr. Birgit Sitepu (MASGV) Norbert Rocksien (MASGV) Heiko Boller (Fachklinik Neustadt) Ulrich Kamphausen (Fachklinik Neustadt) Klaus-Peter Koke (Fachklinik Neustadt) Gerhard Mette (ver.di)
Gewährträgersversammlung:	Bernd Schloer, Vorsitzender (MASGV) Dr. Sibylle Roggencamp, stellvertretende Vorsitzende (MFE)

Unternehmensdaten:	31.12.2001	31.12.2000
Anlagevermögen	41.786 T€	39.276 T€
Guthaben bei Kreditinstituten	16.552 T€	16.715 T€
Eigenkapital	16.041 T€	14.984 T€
davon		
Festgesetztes Kapital	5.743 T€	5.743 T€
Kapitalrücklagen	4.171 T€	4.171 T€
Gewinnrücklagen	5.066 T€	3.336 T€
Bilanzgewinn/-verlust	1.061 T€	1.734 T€
Zuwendungen zur Finanzierung des		
Anlagevermögens	34.650 T€	34.569 T€
Planbetten	462	489
davon		
vollstationär	462	489
Heimplätze	380	376
davon		
vollstationär	380	376
Mitarbeiter (Vollkräfte)	756	723
davon		
Frauen	470	456
Männer	286	267

Geschäftsgegenstand:

Die Fachklinik Neustadt erfüllt Aufgaben der Versorgung der Bevölkerung mit psychiatrischen, psychotherapeutischen, psychosozialen, neurologischen und kinder- und jugendpsychiatrischen Leistungen im Rahmen der Krankenhaus-, Pflegeheim- und Psychiatrieplanung des Landes. Sie ist Bestandteil der regionalen psychiatrischen und psychosozialen Versorgungsstrukturen. Sie beteiligt sich an der Vernetzung und Kooperation der stationären und ambulanten Versorgungsangebote in der Region.

Entwicklung des Unternehmens:

In den letzten Jahren sind die psychiatrischen und psychosozialen Hilfeleistungen in Schleswig-Holstein umfassend reformiert worden. Es ist ein gemeindenahes System von Hilfen für psychisch Kranke und Behinderte entstanden. Jede Region verfügt über ein klinisches Behandlungsangebot. Es besteht ein Netz kleiner, überschaubarer Angebote des beschützten teil- und vollstationären Wohnens. Dieser Prozess geht in weiten Bereichen zu Lasten der Großeinrichtungen und damit insbesondere der Fachklinika. So gibt die Fachklinik Neustadt im Rahmen der Dezentralisierung und Enthospitalisierung Kapazitäten nach Schwarzenbek, Geesthacht und Lübeck ab. Diese Situation wird durch das Bemühen der Krankenkassen verschärft, die Tarif- und Preissteigerungen im Bereich der Krankenversorgung unzureichend zu finanzieren. Die weitere Optimierung des wirtschaftlichen Handelns ist unumgänglich. Ein Ansatzpunkt zum Erhalt der Leistungsfähigkeit der Standorte der Fachklinika Heiligenhafen und Neustadt ist die durch das Gesetz zur Neuordnung der Fachkliniken vom 25. November 2002 beschlossene Fusion der Fachklinika zur psychiatrischen GRUPPE.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Das Land Schleswig-Holstein ist aus historisch bedingten Gründen Träger psychiatrischer Einrichtungen. Mit dem Fachklinikgesetz vom 8. Dezember 1995 und dem Gesetz zur Neuordnung der Fachkliniken vom 25. November 2002 hat der Schleswig-Holsteinische Landtag die Gewährträgerschaft des Landes aufrechterhalten.

Fachklinik Schleswig
Anstalt des öffentlichen Rechts
Am Damm 1
24837 Schleswig

FACHKLINIK SCHLESWIG
K l i n i k e n & H e i m e



Telefon: (0 46 21) 83 - 0
 Telefax: (0 46 21) 2 18 44
 E-Mail: info@fksl.de
<http://www.fksl.de>

Festgesetztes Kapital:* 4.126.664 €
 davon
 Land Schleswig-Holstein 4.126.664 € (100,0 %)
 * gemäß § 5 Abs. 6 Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV)

Geschäftsführung: Michael Hiller
 Horst Hoppe, stellvertretender Geschäftsführer

Verwaltungsrat: Dr. Benedikt Müller-Lucks, Vorsitzender (MASGV)
 Oliver Kühl, stellvertretender Vorsitzender (MFE)
 Dr. Birgit Sitepu (MASGV)
 Norbert Rocksien (MASGV)
 Roland Arnhold (Fachklinik Schleswig)
 Hans Jürgen Exner (Fachklinik Schleswig)
 Elke Lunkeit (Fachklinik Schleswig)
 Oliver Dilcher (ver.di)

Gewährträgersversammlung: Bernd Schloer, Vorsitzender (MASGV)
 Dr. Sibylle Roggencamp, stellvertretende Vorsitzende (MFE)

Unternehmensdaten:	31.12.2001	31.12.2000
Anlagevermögen	38.620 T€	39.963 T€
Guthaben bei Kreditinstituten	12.789 T€	7.646 T€
Eigenkapital	7.492 T€	7.566 T€
davon		
Festgesetztes Kapital	4.127 T€	4.127 T€
Kapitalrücklagen	2.749 T€	2.763 T€
Gewinnrücklagen	728 T€	435 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0 T€	241 T€
Bilanzgewinn/-verlust	- 112 T€	0 T€
Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	33.836 T€	34.985 T€
Personal (Vollkräfte)	1.049	1.054
davon		
Frauen	630	633
Männer	419	421
Planbetten	429	416
davon		
vollstationär	404	391
teilstationär	25	25
Heimplätze	525	540
davon		
vollstationär	519	538
teilstationär	6	2

Geschäftsgegenstand:

Die Fachklinik Schleswig erfüllt Aufgaben der Versorgung der Bevölkerung mit psychiatrischen, psychotherapeutischen, psychosozialen, neurologischen und kinder- und jugendpsychiatrischen Leistungen im Rahmen der Krankenhaus-, Pflegeheim- und Psychiatrieplanung des Landes. Sie ist Bestandteil der regionalen psychiatrischen und psychosozialen Versorgungsstrukturen. Sie beteiligt sich an der Vernetzung und Kooperation der stationären und ambulanten Versorgungsangebote in der Region.

Entwicklung des Unternehmens:

In den letzten Jahren sind die psychiatrischen und psychosozialen Hilfeleistungen in Schleswig-Holstein umfassend reformiert worden. Es ist ein gemeindenahes System von Hilfen für psychisch Kranke und Behinderte entstanden. Jede Region verfügt über ein klinisches Behandlungsangebot. Es besteht ein Netz kleiner, überschaubarer Angebote des beschützten teil- und vollstationären Wohnens. Dieser Prozess geht in weiten Bereichen zu Lasten der Großeinrichtungen und damit insbesondere der Fachklinik. So gibt die Fachklinik Schleswig im Rahmen der Dezentralisierung und Enthospitalisierung Kapazitäten nach Elmshorn, Rendsburg und Flensburg ab. Diese Situation wird durch das Bemühen der Krankenkassen verschärft, die Tarif- und Preissteigerungen im Bereich der Krankenversorgung unzureichend zu finanzieren. Die weitere Optimierung des wirtschaftlichen Handelns ist unumgänglich. Ein Ansatzpunkt zur Stärkung des Standorts ist die angestrebte engere Kooperation der Fachklinik Schleswig mit dem ortansässigen Martin-Luther-Krankenhaus.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Das Land Schleswig-Holstein ist aus historisch bedingten Gründen Träger psychiatrischer Einrichtungen. Mit dem Fachklinikgesetz vom 8. Dezember 1995 und dem Gesetz zur Neuordnung der Fachkliniken vom 25. November 2002 hat der Schleswig-Holsteinische Landtag die Gewährträgerschaft des Landes aufrechterhalten.

GKSS
Forschungszentrum GmbH
Max-Planck-Straße
21502 Geesthacht



Telefon: (04152) 87 - 0
 Fax: (04152) 87 - 14 03
 e- mail: vorname.nachname@gkss.de
<http://www.gkss.de>

Stammkapital:	80.000 DM
davon	
Bundesrepublik Deutschland	37.000 DM
Freie und Hansestadt Hamburg	1.000 DM
Land Brandenburg	500 DM
Land Niedersachsen	500 DM
Land Schleswig-Holstein	2.000 DM
Gesellschaft zur Förderung des GKSS Forschungszentrums e.V.	14.000 DM

Banken	4.500 DM
--------	----------

Industrieunternehmen	20.500 DM
----------------------	-----------

Beteiligungen:	Deutsches Klimazentrum GmbH, Hamburg Stammkapital 100.000 DM Anteil GKSS 10.000 DM
-----------------------	--

	Geesthachter Innovations- und Technologiezentrum GmbH (GITZ), Geesthacht Stammkapital 1.021.800 € Anteil GKSS 204.360 €
--	--

Geschäftsführung:	Dr. Günter von Sengbusch Dr. Michael Voges
--------------------------	---

Aufsichtsrat:	Dr. Christian Uhlhorn, Vorsitzender (BMBF) Dr. Birger Hendriks, stellvertr. Vorsitzender (MBWFK) Prof. Dr. Rolf-Dieter Behling (Gesellschaft zur Förderung des GKSS- Forschungszentrums e.V.) Dr. Klaus Borgschulte (Geschäftsführer der Thyssen Umformtechnik Turbinenkomponenten GmbH) Peter Deutschland (Vorsitzender des DGB, Landesbezirk Nordmark) Dr. Götz Flöser (GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH) Dr. Fritz Holzwarth (BMUNR) Konstanze Pistor (MWFK des Landes Brandenburg) Dr. Axel Kollatschny (MWK des Landes Niedersachsen) Prof. Dr. Eike Lehmann (Mitglied des Vorstandes Germanischer Lloyd Hamburg) Dr. Michael Puff (GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH) Dr. Jürgen Roemer-Mähler (BMBF) Dr. Nico Scharnagl (GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH) Gerhard Schneider (Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg) Olaf Meuser (Mitglied der Geschäftsleitung der Deutschen Bank)
----------------------	--

Unternehmensdaten	31.12.2001	31.12.2000
Erträge aus Zuschüssen von		
Bund	43.394 T€	62.419,4 T€
Länder	4.217,5 T€	6.310,8 T€
anderen	4.437,4 T€	5.305,2 T€
Jahresergebnis	0	0
Langfristig gebundenes Vermögen	189.082 T€	203.922 T€
Mittel- und kurzfristig gebundenes Vermögen	18.430 T€	17.305 T€
Eigenkapital	64.574 T€	59.502 T€
davon		
gezeichnetes Kapital	41 T€	41 T€
Institutionelle Förderung	74,9 T€	71,9 T€
Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung)	706	729
davon		
Frauen	214	221
Männer	492	500

Unternehmensgegenstand:

Aufgaben der Gesellschaft sind

1. Forschung und Entwicklung zur Nutzung des Meeres und der Küsten
2. die Materialforschung und
3. die Forschung und Entwicklung in der Trenn- und Umwelttechnik

Bei der Durchführung ihrer Aufgaben arbeitet die Gesellschaft mit den norddeutschen Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten eng zusammen. Die Gesellschaft verfolgt nur friedlichen Zwecke, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeiten sollen veröffentlicht werden.

Entwicklung des Unternehmens:

Das Forschungs- und Entwicklungsprogramm 2000/2001 konkretisiert sich inzwischen auf die Programmschwerpunkte

- Leichtbau in der Verkehrs- und Energietechnik
- Wasser und Klima im Lebensraum Küste
- Membranen in der Prozesstechnik.

In diesem Rahmen werden zielgerichtet grundlagen- und anwendungsorientierte Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in Themen zusammengeführt. Daneben wird das Heranwachsen neuer Entwicklungen und Schwerpunkte gefördert.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Durch die Beteiligung an der Trägergesellschaft des GKSS-Forschungszentrums hat Schleswig-Holstein als Sitzland maßgeblichen Einfluss auf die Ausrichtung der Forschungsschwerpunkte und die Besetzung der Gremien bei der einzigen gemeinnützigen Großforschungseinrichtung im Lande.

Universitätsklinikum Kiel (UKK)
Anstalt des öffentlichen Rechts
Brunswiker Straße 10
24105 Kiel



Telefon: (04 31) 5 97 - 0
 Telefax: (04 31) 5 97 - 11 78
 E-Mail: nachname@vwk.uni-kiel.de
<http://www.klinikum.uni-kiel.de>

Festgesetztes Kapital:* 6.668.441 €
 davon
 Land Schleswig-Holstein 6.668.441 € (100,0 %)
 * gemäß § 5 Abs. 6 Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV)

Beteiligungen:

CEMET Center of Excellence in Medical Technology Schleswig-Holstein GmbH, Lübeck
 Stammkapital 170.000 €
 Universitätsklinikum Kiel 22 %

PVA SH Patent- und Verwertungsgesellschaft für die wissenschaftlichen Einrichtungen in Schleswig-Holstein GmbH, Kiel
 Stammkapital 50.000 €
 Universitätsklinikum Kiel 6,0 %

Vorstand:

Prof. Dr. Werner Grote (Vorsitzender)
 Manfred Baxmann (stellvertretender Vorsitzender)
 Prof. Dr. Michael Illert
 Gerhard Witte

Aufsichtsrat*:

Stimmberechtigte Mitglieder:
 Uwe Lützen (Vorsitzender) (MBWFK)
 Prof. Dr. Reinhard Demuth (stellvertretender Vorsitzender) (UKK)
 Dr. Eberhard Schmidt- Elsaesser (MFE)
 Bernd Schloer (MAGS)
 Prof. Dr. Alfred Xaver Trautwein (UKL)
 Edda Tichelmann (UKK)
 Barbara Scheel (UKL)
 Prof. Dr. Karl-Heinz Rahn (Universität Münster)
 Prof. Dr. Hans-Heinrich Driftmann (Peter Kölln KGaA)

Beratende Mitglieder:
 Prof. Dr. Walter Jonat (UKK)
 Prof. Dr. Alfred Feller (UKL)
 Dr. Christiane Hinck-Kneip (UKK)
 Dr. Hauke Nielsen (UKL)
 Dr. Sabine Voigt (UKL)
 Jens Ebnet (UKL)
 Gudrun Primosigh (UKK)
 Wilhelm Kuhn (ver.di)

* Auf Grund der anstehenden Neukonstituierung des Aufsichtsrats werden die Mitglieder des Aufsichtsrats zum 31.12.02 aufgeführt.

Unternehmensdaten:	31.12.2001	31.12.2000
Anlagevermögen	182.342 T€	176.859 T€
Guthaben bei Kreditinstituten	2.039 T€	14.674 T€
Eigenkapital	14.661 T€	20.550 T€
davon		
Festgesetztes Kapital	6.668 T€	6.668 T€
Kapitalrücklagen	3.536 T€	9.450 T€
Gewinnrücklagen	4.457 T€	4.432 T€
Bilanzgewinn/-verlust	0 T€	0 T€
Gegenposten zum Anlagevermögen, das aus Investitionsmitteln des Landes und des Bundes sowie aus Drittmitteln finanziert worden ist.	171.227 T€	166.025 T€
Personal (Beschäftigte)	5.832	5.788
davon		
Frauen	4.284	4.227
Männer	1.548	1.561
Planbetten	1.289	1.378
davon		
vollstationär	1.246	1.335
teilstationär	43	43

Geschäftsgegenstand:

Die Aufgaben des Universitätsklinikums sind in § 119 HSG geregelt. Danach obliegen dem Klinikum insbesondere die den Zwecken von Forschung und Lehre dienende Krankenversorgung sowie die sonstigen, ihm auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens übertragenen Aufgaben. Es beteiligt sich an der ärztlichen und zahnärztlichen Fort- und Weiterbildung und der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens. Gem. § 3 Abs. 2 Ausführungsgesetz zum Krankenhausfinanzierungsgesetz ist das Universitätsklinikum Kiel in den Krankenhausplan des Landes einbezogen. Gemeinsam mit dem Universitätsklinikum Lübeck nimmt es als einziges Krankenhaus im Lande die Aufgaben der Zentralversorgung wahr. Die Institute und Kliniken sind Grundeinheiten der Krankenversorgung und dienen gleichzeitig mit ihrer sächlichen und personellen Ausstattung der Forschung und Lehre.

Entwicklung des Unternehmens:

Für das Universitätsklinikum Kiel haben sich die finanziellen Rahmenbedingungen verschärft. Die unzureichende Finanzierung der Tarif- und Preissteigerungen im Bereich der Krankenversorgung seitens der Krankenkassen, die nicht mögliche Finanzierung der Tarifsteigerungen des wissenschaftlichen Personals durch das Land und die aus finanziellen Gründen des Gesamthaushalts nochmalige Absenkung der Landeszuschüsse wirken sich nachhaltig auf die Ertragssituation aus. Die Konzentration auf bestimmte Forschungsschwerpunkte und die zunehmenden Kooperationen mit externen Partnern tragen dieser Entwicklung Rechnung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit, ohne die Krankenversorgung einerseits und den wissenschaftlichen Auftrag andererseits zu gefährden. Darüber hinaus bietet die Zusammenlegung der Universitätsklinika Kiel und Lübeck zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein die Chance, die Arbeitsfähigkeit der beiden Standorte auch zukünftig auf hohem Niveau zu halten.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Die den Zwecken von Forschung und Lehre dienende Krankenversorgung wird vom Universitätsklinikum Kiel (zukünftig Universitätsklinikum Schleswig-Holstein) sichergestellt.

Universitätsklinikum Lübeck (UKL)
Anstalt des öffentlichen Rechts
Ratzeburger Allee 160
23538 Lübeck



Telefon: (04 51) 5 00 - 0
 Telefax: (04 51) 5 00 - 21 61
 E-Mail: vorname.nachname@ukl.mu-luebeck.de
<http://www.ukl-online.de>

Festgesetztes Kapital:* 14.101.014 €
 davon
 Land Schleswig-Holstein 14.101.014 € (100,0 %)
 * gemäß § 5 Abs. 6 Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV)

Beteiligungen:

CEMET Center of Excellence in Medical Technology Schleswig-Holstein GmbH, Lübeck
 Stammkapital 170.000 €
 Universitätsklinikum Lübeck 22 %

PVA SH Patent- und Verwertungsagentur für die wissenschaftlichen Einrichtungen in Schleswig-Holstein GmbH, Kiel
 Stammkapital 50.000 €
 Universitätsklinikum Lübeck 6,0 %

Vorstand:

Prof. Dr. Detlef Kömpf (Vorsitzender)
 Dr. Klaus Eberhard Schmolling (stellvertretender Vorsitzender)
 Prof. Dr. Eberhard Schwinger
 Barbara Schulte

Aufsichtsrat:

Stimmberechtigte Mitglieder:
 Uwe Lützen (Vorsitzender) (MBWFK)
 Prof. Dr. Alfred Xaver Trautwein, (stellvertr. Vorsitzender) (UKL)
 Dr. Eberhard Schmidt- Elsaeßer (MFE)
 Bernd Schloer (MAGS)
 Prof. Dr. Reinhard Demuth (Universität Kiel)
 Barbara Scheel (UKL)
 Edda Tichelmann (UKK)
 Prof. Dr. Karl-Heinz Rahn (Universität Münster)
 Prof. Dr. Hans-Heinrich Driftmann (Peter Kölln KGaA)

Beratende Mitglieder:
 Prof. Dr. Alfred Feller (UKL)
 Prof. Dr. Walter Jonat (UKK)
 Dr. Hauke Nielsen (UKL)
 Dr. Christiane Hinck-Kneip (UKK)
 Jens Ebnet (UKL)
 Dr. Sabine Voigt (UKL)
 Gudrun Primosigh (UKK)
 Wilhelm Kuhn (ver.di)

* Auf Grund der anstehenden Neukonstituierung des Aufsichtsrats werden die Mitglieder des Aufsichtsrats zum 31.12.02 aufgeführt.

Unternehmensdaten:	31.12.2001	31.12.2000
Anlagevermögen	306.406 T€	306.147 T€
Guthaben bei Kreditinstituten	18.627 T€	10.482 T€
Eigenkapital	19.352 T€	24.330 T€
davon		
Festgesetztes Kapital	14.101 T€	14.101 T€
Kapitalrücklagen	4.294 T€	7.315 T€
Gewinnrücklagen	957 T€	2.914 T€
Bilanzgewinn/-verlust	0 T€	0 T€
Gegenposten zum Anlagevermögen, das aus Investitionsmitteln des Landes und des Bundes sowie aus Drittmitteln finanziert worden ist.	299.054 T€	298.795 T€
Personal (Beschäftigte)	4.662	4.653
davon		
Frauen	3.408	3.403
Männer	1.254	1.250
Planbetten	1.248	1.207
davon		
vollstationär	1.224	1.183
teilstationär	24	24

Geschäftsgegenstand:

Die Aufgaben des Universitätsklinikums sind in § 119 HSG geregelt. Danach obliegen dem Klinikum insbesondere die den Zwecken von Forschung und Lehre dienende Krankenversorgung sowie die sonstigen, ihm auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens übertragenen Aufgaben. Es beteiligt sich an der ärztlichen Fort- und Weiterbildung und der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens. Gem. § 3 Abs. 2 Ausführungsgesetz zum Krankenhausfinanzierungsgesetz ist das Universitätsklinikum Lübeck in den Krankenhausplan des Landes einbezogen. Gemeinsam mit dem Universitätsklinikum Kiel nimmt es als einziges Krankenhaus im Lande die Aufgaben der Zentralversorgung wahr. Die Institute und Kliniken sind Grundeinheiten der Krankenversorgung und dienen gleichzeitig mit ihrer sächlichen und personellen Ausstattung der Forschung und Lehre.

Entwicklung des Unternehmens:

Für das Universitätsklinikum Lübeck haben sich die finanziellen Rahmenbedingungen verschärft. Die unzureichende Finanzierung der Tarif- und Preissteigerungen im Bereich der Krankenversorgung seitens der Krankenkassen, die nicht mögliche Finanzierung der Tarifsteigerungen des wissenschaftlichen Personals durch das Land und die aus finanziellen Gründen des Gesamthaushalts nochmalige Absenkung der Landeszuschüsse wirken sich nachhaltig auf die Ertragssituation aus. Die Konzentration auf bestimmte Forschungsschwerpunkte und die zunehmenden Kooperationen mit externen Partnern tragen dieser Entwicklung Rechnung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit, ohne die Krankenversorgung einerseits und den wissenschaftlichen Auftrag andererseits zu gefährden. Darüber hinaus bietet die Zusammenlegung der Universitätsklinika Kiel und Lübeck zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein die Chance, die Arbeitsfähigkeit der beiden Standorte auch zukünftig auf hohem Niveau zu halten.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Die den Zwecken von Forschung und Lehre dienende Krankenversorgung wird vom Universitätsklinikum Lübeck (zukünftig Universitätsklinikum Schleswig-Holstein) sichergestellt.

VI. Einrichtungen im Bereich der EDV / Softwareentwicklung

Datenzentrale Schleswig-Holstein
Altenholzer Straße 10 - 14



24161 Altenholz

Telefon: (0431) 32 95 - 0
 Fax: (0431) 32 95 410
 e- mail: info@dzsh.de
<http://www.dzsh.de>

Grundkapital: 20.000.000 DM
 davon halten das Land Schleswig-Holstein und die kommunale Ebene je 50%

Beteiligungen: KommiT GmbH
 Stammkapital 1,5 Mio. €
 Anteil Datenzentrale 33,3%

Vorstand: Dr. Hartmut Niesing
 Jörg Krüger

Verwaltungsrat: Staatssekretär Ulrich Lorenz, Vorsitzender (IM)
 Jan- Christian Erps, stellvertr. Vorsitzender (GF Landekreistag S.-H.)
 Dr. Hartmut Borchert (GF Gemeindetag S.-H.)
 Staatssekretär Uwe Döring (MFE)
 Prof. Dr. Klaus-Peter Fähnrich
 Georg Gorrissen (Landrat Kreis Segeberg)
 Mattias Kammer (FHH) ruhendes Mandat; ständiger Gast
 Staatssekretär Michael Rocca (MWTV)
 Herbert Meyer (Personalratsvorsitzender DZ)
 Harald Rentsch (GF Städteverband S.-H.)
 Michael Rohbeck (GF KomTel)
 Carlos Sievers (DGB)
 Klaus Schäfer (SAP- AG)
 Horst Striebich (Bürgermeister Gemeinde Altenholz)
 Staatssekretär Wilfried Voigt (MFE)
 Prof. Dr. Walter Reimers (Fachhochschule Kiel)

Arbeitsausschuss: Staatssekretär Ulrich Lorenz, Vorsitzender
 Dr. Hartmut Borchert
 Staatssekretär Uwe Döring
 Jan- Christian Erps
 Staatssekretär Michael Rocca
 Harald Rentsch

Unternehmensdaten:	31.12. 2001	31.12. 2000
Anlagevermögen	24.815 TDM	23.885 TDM
Guthaben bei Kreditinstituten	27.472 TDM	20.987 TDM
Eigenkapital	19.393 TDM	18.395 TDM
davon		
Grundkapital	20.000 TDM	20.000 TDM
Jahresüberschuss	998 TDM	- 3.798 TDM
Umsatzerlöse	133.459 TDM	104.336 TDM
Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung)	552	556
davon		
Frauen	163	166
Männer	389	390

Unternehmensgegenstand

Die Datenzentrale soll die Erledigung von Aufgaben der öffentlichen Verwaltung im Lande Schleswig-Holstein durch elektronische Datenverarbeitung ermöglichen. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde kann sie auch andere Geschäfte, die der Erfüllung ihrer Aufgaben oder den Interessen ihrer Benutzer dienen, betreiben

Entwicklung des Unternehmens:

Der Arbeitsausschuss und der Verwaltungsrat haben im Jahre 2001 ergänzende Beschlüsse zur Positionierung der Datenzentrale gefasst. Von besonderer Bedeutung für den Bestand der Datenzentrale als Gemeinschaftseinrichtung für Landes- und Kommunalverwaltungen in Schleswig-Holstein sind neben einem positiven Gesamtergebnis auch perspektivisch ausgeglichene Marktbereichsergebnisse. Im kommunalen Markt haben sich die Erfolge der Kooperation mit der AKDB noch nicht eingestellt. Die DZ hat zusätzliche Maßnahmen ergriffen, um die Verluste im kommunalen Markt zu reduzieren.

Die Landesregierung Schleswig-Holstein und der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wollen die Datenzentrale Schleswig-Holstein, das Landesamt für Informationstechnik und Teile des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten zu einem Unternehmen an zwei Standorten zusammenführen. Dieses neue Unternehmen soll ein kompetenter und leistungsfähiger IuK-Dienstleister für die Verwaltungen beider Länder und für die Kommunen in Schleswig-Holstein sein. Das Unternehmen soll zum 1.1.2004 gegründet werden. Anzustreben ist zudem die Beteiligung eines Unternehmens aus der Privatwirtschaft an der gemeinsamen Einrichtung. Dabei ist der maßgebliche Einfluss der Öffentlichen Hand auf ihren IuK-Dienstleister sicherzustellen.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Die Datenzentrale soll sich als zentraler Dienstleister für das Land und die Kommunen entwickeln, wobei die Kernkompetenzen der Datenzentrale in den Bereichen der IT- Dienstleistungen und des Vertriebs von Standardprodukten liegen sollen und nicht mehr im Bereich der Softwareentwicklung, ohne diese jedoch vollständig aufzugeben.

Durch die Schaffung eines ausreichenden Grades der IT- Eigenversorgung soll eine Abhängigkeit von Außenstehenden vermieden werden. Hierfür und zur Sicherstellung der Informationsversorgung aller Ressorts soll sich die Datenzentrale als Konzerndienstleister positionieren.

Fiscus GmbH
Welkerstraße 11

53113 Bonn

Telefon: (0228) 28 07-0

Fax: (0228) 28 07 100

e- mail: post@fiscus.info

<http://www.fiscus.de>



Stammkapital:	32.000 €	
davon		
Land Schleswig-Holstein	2.000 €	(6,25%)
die Bundesrepublik Deutschland	2.000 €	(6,25%)
alle Bundesländer (mit Ausnahme des Freistaates Bayern)	je 2.000 €	(je 6,25%)

Beteiligungen: keine

Geschäftsführung: Peter Bonerz

Aufsichtsrat: *

Staatssekretär Dr. Harald Noack, Vorsitzender (NRW)
 OFD Präsident Dieter Riempp, stellvertretender Vorsitzender (BW)
 Gerhard Juchum (BMF)
 Jürgen Albers (Bremen)
 Staatssekretär Bernd Abeln (Hessen)
 Wilhelm Henning (Berlin)
 Johannes Nagel (FFH)
 Staatssekretär Dr. Klaus-Henning Lemme (Niedersachsen)
 Klaus Peter Behnke (RP)
 Staatssekretär Uwe Döring (MFE)
 Beobachter ohne Stimmrecht:
 Hans-Joachim Jaetzel (Mecklenburg-Vorpommern)

* Vor dem Hintergrund, dass die neuen Länder und das Saarland von den Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Gesellschafter freigestellt sind, haben sich die Gesellschafter haben sich darauf verständigt, dass diese für den Zeitraum der Freistellung von den Zahlungsverpflichtungen einen gemeinsamen Vertreter als Beobachter ohne Stimmrecht in den Aufsichtsrat entsenden.

Unternehmensdaten: 01. 04. - 31.12. 2001

Anlagevermögen	1.811 T€	Die Gesellschaft wurde erst in 2001 gegründet und nahm ihren Geschäftsbetrieb am 1. April 2001 auf. Ein Vergleich mit Vorjahreswerten ist deshalb nicht möglich.
Guthaben bei Kreditinstituten	5.935 T€	
Eigenkapital	579 T€	
davon		
gezeichnetes Kapital	32 T€	
Jahresüberschuss	547 T€	
Umsatzerlöse	23.684 T€	
Personalaufwand	6.100 T€	
Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung)	93	
davon		
Frauen	29	
Männer	64	

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist im Rahmen der Neukonzeption des automatisierten Besteuerungsverfahrens (Projekt FISCUS) die Erstellung und Pflege von Software sowie die Beschaffung geeigneter Fremdsoftware für die Steuerverwaltungen der Länder im Rahmen ihrer gesetzlich zugewiesenen Aufgaben, insbesondere für alle Vorgänge des Besteuerungsverfahrens, einschließlich der steuerlichen Nebenleistungen und des Straf- und Bußgeldverfahrens in Finanzämtern, Oberfinanzdirektionen, oberen und obersten Finanzbehörden.

Entwicklung des Unternehmens:

Die Tätigkeitsschwerpunkte in 2001 lagen in der Bereitstellung der Anwendungs-Softwarebausteine Grunderwerbsteuer und Bußgeld / Strafsachenverfahren, in der Durchführung eines Review- Projekts TAP, in der mittelfristigen Projektplanung (Roadmap) sowie in dem Aufbau der inneren Organisation der Gesellschaft .

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Dem Projekt FISCUS wird aus schleswig-holsteinischer Sicht große Bedeutung beigemessen. Der von Schleswig-Holstein vor vielen Jahren eingeschlagene Weg, eigenständige steuerliche Automationsverfahren einzusetzen, hat gezeigt, dass enorme Programmierkapazitäten allein durch die ständige Aktualisierung der vorhandenen Automationsverfahren (Anpassung an Rechtsänderungen usw.) gebunden wird. Erforderliche Verfahrenserweiterungen und –optimierungen konnten deshalb nicht in dem für notwendig gehaltenen Maße umgesetzt werden. Die Beteiligung an der fiscus GmbH und somit am Projekt FISCUS wird deshalb die Effizienz in der Entwicklung und Bereitstellung automatisierter Verfahren in der Steuerverwaltung erheblich erhöhen und längerfristig zu Haushaltsvorteilen im Vergleich zu einer eigenständigen Programmierung führen.

VII. sonstige Beteiligungen

**NordwestLotto Verwaltungsgesellschaft
Schleswig-Holstein mbH
Andreas-Gayk-Straße 19-21
24103 Kiel**



Telefon: (0431) 9805 - 0
Fax: (0431) 9805 - 206
e- mail: service@nordwestlotto.de
<http://www.lotto-sh.de>

Stammkapital: 50.000 DM
davon
Land Schleswig-Holstein 50.000 DM (100%)

Beteiligungen: keine

Geschäftsführung: Herr Direktor Helmut Stracke

Aufsichtsrat: Staatssekretär Uwe Döring, Vorsitzender (MFE)
Dr. Dietmar Lutz, stellvertretender Vorsitzender
Fritz Lücke
Peter Jankowicz
Präsident Dr. Ekkehardt Wienholtz

Unternehmensdaten:	31.12.2001	31.12.2000
Anlagevermögen	50.826,15 DM	50.826,15 DM
Guthaben bei Kreditinstituten	24.388,69 DM	20.858,94 DM
Eigenkapital	76.100,08 DM	73.307,98 DM
Davon		
gezeichnetes Kapital	50.000,00 DM	50.000,00 DM
Gewinnvortrag	18.456,40 DM	16.317,00 DM
Jahresüberschuss	6.792,10 DM	6.990,98 DM
Mitarbeiter		
(Jahresmittel ohne Geschäftsführung)	78	85
davon		
Frauen	38	37
Männer	40	48

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist:

- die Mitwirkung bei der verwaltungsmäßigen Durchführung von Lotterien und Sportwetten des NordwestLotto Schleswig-Holstein,
- die Anstellung und Bereitstellung der Beschäftigten für die im Namen und für Rechnung des Landes Schleswig-Holstein zur Durchführung der Lotterien und Sportwetten unterhaltenen Einrichtungen sowie die Eingehung von Pensionsverpflichtungen und die Übernahme zu Lasten des NordwestLotto Schleswig-Holstein eingegangener Pensionsverpflichtungen,
- die Bereitstellung und Abberufung der Bezirksstellenleiter im Auftrag NordwestLotto Schleswig-Holstein sowie der Abschluss der Geschäftsbesorgungsverträge mit den Bezirksstellenleitern.

Entwicklung des Unternehmens:

Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 22.10.2002. Geschäftsführer der Gesellschaft war bis zum 30.09.2001 Herr Direktor Dr. Rolf Stypmann. Er wurde durch Gesellschafterbeschluss vom 01.10.2001 mit Wirkung zum 30.09.2001 abberufen. Gleichzeitig wurde Herr Direktor Helmut Stracke mit Wirkung zum 01.10.2001 zum Geschäftsführer bestellt. Den Herren Dieter Kohlmorgen und Jürgen Ströh ist Prokura erteilt worden. Gemäß Vertrag vom 20.05.1998 zwischen der NLV und dem NwLSH stellt die Gesellschaft die Beschäftigten an, die das NwLSH für seine Zwecke benötigt. Ferner erfüllt die Gesellschaft die Pensionsverpflichtungen, die sie zu Lasten des NwLSH übernommen hat und künftig übernimmt.

Begründung für das Beteiligungsengagement:

Die NLV wurde 1971 im Zuge einer Umgestaltung der Lotterieorganisation in Schleswig-Holstein gegründet. Ihr obliegt die Anstellung des zur Durchführung der staatlichen Lotterien und Sportwetten benötigten Personals. Eine direkte Übernahme der aus dem Bereich der Landesbank kommenden Beschäftigten durch den Landesbetrieb NordwestLotto Schleswig-Holstein war unter anderem aus tarifrechtlichen Gründen nicht durchsetzbar. Änderungen an dieser Organisationsform sind derzeit nicht beabsichtigt.

Abkürzungsverzeichnis

A.ö.R.	Anstalt des öffentlichen Rechts
AG	Arbeitsgemeinschaft
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMF	Bundesfinanzministerium
BMUNR	Bundesministerium für Umwelt, Natur und Reaktorsicherheit
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DZ Bank	Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
FHH	Freie und Hansestadt Hamburg
GF	Geschäftsführer
HLB	Hamburger Landesbank
i.L.	in Liquidation
IB-SH	Investitionsbank Schleswig-Holstein
IHK(n)	Industrie- und Handelskammer(n)
IM	Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
K.ö.R.	Körperschaft des öffentlichen Rechts
KG a.A.	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KomTel	KomTel GmbH Kommunikations- und Informationsdienste
LB	Landesbank
MAGS	Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein
MBWFK	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein
MdL	Mitglied des Landtages
MFE	Ministerium für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein
MJF	Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein
MUNF	Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein
MWFK	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
MWK	Ministerium für Wissenschaft und Kultur
MWTV	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
NABU	Naturschutzbund
NwLSH	NordwestLotto Schleswig-Holstein
S.-H.	Schleswig-Holstein
SGV	Sparkassen- und Giroverband
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
StK	Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
ver.di	vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
WOBAU	Wohnungsbaugesellschaft
ZV	Zweckvermögen